

Nr.4

Mai 2008

Die Propagandistin

Zeitung der 16. Abteilung „Grünes Dreieck“

SPD



FREI!

1. Mai -

DER TAG DER ARBEIT.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Man glaubt es kaum, aber das ist bereits die vierte Ausgabe unserer immer famoseren Propagandistin. Vier Ausgaben mit wachsender Seitenzahl, steigender Leserschaft, immer besserem Layout und immer mehr Autoren. Es zeigt sich, dass es richtig war diese Zeitung aus der Taufe zu heben. Wo sonst hätte sonst so manche unserer Diskussionen statt finden sollen... Überhaupt in diesen unruhigen Zeiten im Spannungsfeld zwischen Tempelhof und Afghanistan hat die Propagandistin eine Lücke im Meinungswald gefüllt die man so nicht weiter

zulassen durfte. Der Abteilung hat es jedenfalls nicht geschadet sondern ganz im Gegenteil hat die Propagandistin zu einem mehr an Diskussion geführt und damit die Abteilung inhaltlich sattelfester gemacht.

Aber zurück zu unserer vierten Ausgabe. Wer sind die Menschen die hinter dieser Zeitung stehen? Da wäre zum einen Hanno, unser Cheflayouter. Ohne ihn gäbe es die Zeitung nicht, da er so ziemlich der einzige ist, der seinen Computer ausreichend versteht. Dann ist Christopher zu nennen, welcher nicht nur das Cover gestaltet, sondern auch noch Verantwortlicher für die Interviewrubrik ist. Auch Matthias, der diesmal auch Artikel

Klein Zaches



Inh.: Niels-J. Kristiansen
Antwerpener Str. 43 13353 Berlin - Wedding
Telefon (030) 453 50 07

**Täglich geöffnet von
17:00 - 04:00 Uhr**

In dieser Ausgabe:

Schwerpunkt		
1. Mai - Tag der Arbeit		3
Aus dem Kiez		
Brüsseler Kiez - Ein Quartier macht von sich reden		11
Diskussionsforum		
Erbschaftssteuer wird reformiert		19
Interview		
Distl´s Verhör!	!!NEU!!	36
Politisches Lied		
Roter Wedding		39
Aus den Vereinen		
Kicken bei Karame		40

So! Jetzt aber genug der Lobhudelei. Ich wünsche euch viel Spaß beim lesen und freue mich schon auf Eure Reaktionen.

Solidarischst

Sebastian Trommsdorff

Zum 1. Mai
Wissenswertes zur Geschichte des 1. Mai

Der Kampftag der Arbeiterbewegung

Von Christopher Vetter

Anfang 1886 rief die Nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags zum Generalstreik auf. In Chicago kam es zu einem mehrtägigen Streik. Bei dem anschließenden Aufruhr, der als "haymarket riot" in die Geschichte einging, gab es 200 Verletzte und Tote in nicht ermittelter Höhe. Acht der Organisatoren wurden verurteilt, vier nahmen sich das Leben, einer wurde gehenkt, drei später begnadigt.

1890 wurde dieser Protest- und Gedenktag zum ersten Mal international mit Arbeitsniederlegungen und Massendemonstrationen begangen.

Dass die Nazis die ersten gewesen wären, die diesen Tag zum gesetzlichen Feiertag gemacht hätten, gehört ins Reich der Legenden. Die Weimarer Nationalversammlung bestimmte am 15. April 1919 mit 159 gegen 85 Stimmen bei 10 Enthaltungen den ersten Mai zum gesetzlichen Feiertag. Für das Gesetz, das allerdings nur auf den 1. Mai 1919 beschränkt war, stimmten SPD, DDP und Teile des Zentrums.

veröffentlicht, ist ein wichtiger Teil des ganzen, da er wie zuvor Manfred einen erheblichen Anteil der Ausgabe im Brüsseler Kiez verteilt. Überhaupt möchte ich mich bei all jenen bedanken, die durch ihre Mitarbeit dieses ganze Projekt überhaupt erst möglich machen.

Last but not least sei all denjenigen gedankt, die dieses Projekt wohlwollend begleiten als da sind Udo Sack, Dirk Zimmer, Johannes Berger, Kalle Schneider, Andreas Wiedermann und noch viele mehr. Die geneigte Leserschaft ist gebeten unsere verschiedenen Werbepartner wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen... ohne diese Werbepartner wäre die gute Propagandistin für uns als kleine und mitnichten reiche Abteilung nicht dauerhaft finanzierbar.

In der deutschen Geschichte des ersten Mai ist der so genannte "Blutmai" von Berlin im Jahre 1929 ein bedeutendes Ereignis, welches die Entfremdung zwischen SPD und KPD maßgeblich beeinflusste und tiefe Gräben in die Sozialistische Eintracht riss.

Gesetzlicher Feiertag wurde der erste Mai dann wieder 1933 unter den Nationalsozialisten. Das Reichstagsgesetz vom 10. April 1933 benannte ihn als "Feiertag der nationalen Arbeit". Tags darauf stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser und verboten die Arbeitnehmerorganisationen im gesamten Deutschen Reich. Ein schwarzer Tag für die Arbeiterbewegung.

1945 konnten an einigen von den alliierten Streitkräften bereits besetzten Orten die ersten freien Maifeiern seit 13 Jahren stattfinden, organisiert von überlebenden Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern. Aber noch gab es an vielen Orten Kampfhandlungen, noch hatte die Wehrmacht nicht kapituliert. Diese Feiern fanden nur im kleinen Rahmen statt, denn die meisten Deutschen hatten anderes im Sinn, als Demonstrationen oder gar Streiks, die die Besatzer ohnehin nicht erlaubt hätten. Sie kämpften um das nackte Überleben, hungerten und hausten zwischen Trümmern.



Einladung zum
Tanz in den Mai
Mittwoch, 30. April 2008, ab 19.00 Uhr 

Kosten: 15€ Kartenbestellung unter Tel. 0304692 – 130 oder E-mail: mitte@spd-berlin.de

Glaskasten, Ballsaal, Prinzenallee. 33

Im April 1946 bestätigte der alliierte Kontrollrat den 1. Mai als Feiertag. Dennoch trauten die Besatzungsmächte den Deutschen immer noch nicht hundertprozentig, so durften auf Anordnung der amerikanischen Militärverwaltung

bei den Umzügen keine Fahnen und Transparente mitgeführt werden. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) in der sowjetischen Zone hatte es da leichter, aber in einem Punkt glichen sich alle Maiumzüge in Deutschland: Männer in den Altersgruppen zwischen zwanzig und vierzig fehlten fast völlig. Wer nicht tot oder verwundet war, befand sich in Kriegsgefangenschaft oder irrte auf der Suche nach seinen Angehörigen quer durch Deutschland.

"Vorschlag für den Ersten Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei"

Die Entwicklung in Ost und West verlief bald in sehr unterschiedliche Richtungen, wie schon die Berliner Maikundgebungen 1946 deutlich zeigten. Die SPD in den westlichen Zonen unserer geteilten Stadt hatte sich im April der Zwangsvereinigung mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) erfolgreich widersetzt. Sie organisierte in den Bezirken Spandau, Neukölln und Schöneberg eigene Demonstrationen, alternativ zu der sehr stark von der SED dominierten Gesamtberliner Veranstaltung. Dennoch hatten viele Berliner die Hoffnung noch nicht aufgegeben, bald wieder gemeinsame Kundgebungen durchführen zu können. Viele Deutsche hofften noch auf die Möglichkeit einer gesamtstaatlichen Entwicklung. Im Frühjahr 1948 war aber endgültig klar, dass es eine solche nicht mehr geben würde. Die ehemals verbündeten Siegermächte USA und UdSSR waren zu Feinden im "Kalten Krieg" geworden und bezogen ihre jeweilige Besatzungszone fest in den eigenen Bündnisbereich mit ein.

"Vorschlag für den Ersten Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei" skandierten vor mehr als achtzehn Jahren unzufriedene DDR-Bürger. Nicht lange davor war am 1. Mai 1989 noch die

halbe DDR auf den Beinen und defilierte vor der Führung. Erich Honecker winkte gutgelaunt zurück und ließ sich von Jungen Pionieren Blumensträuße und Selbstgebasteltes überreichen.

Der 1. Mai war seit der Verabschiedung der ersten Verfassung der DDR 1949 staatlich garantierter Feiertag, nicht mehr Teil einer Gegenkultur und Gegenöffentlichkeit. Am 1. Mai 1951 zog man vom Ostberliner Lustgarten auf den einstigen Schlossplatz, der inzwischen auf die Namen von Marx und Engels umgetauft war und von nun an zum zentralen Kundgebungsplatz wurde. Anders als im Westen Deutschlands wurde der Tag der Arbeit zum staatlich verordneten Ritual, mit dem die Führung auch eine Verbesserung ihrer Legitimation erstrebte. Deutlich wurde das in dem Versuch, wirtschaftliche Erfolge herauszustellen. Die Arbeiter mussten geloben, mehr zu produzieren und besser zu arbeiten. Nicht mehr der Kampf um soziale und politische Rechte, sondern das Bemühen um wirtschaftlichen Fortschritt stand im Mittelpunkt der Kundgebungen.

Seit 1956 wurden die Ostberliner Maifeiern mit einer Militärparade nach sowjetischem Vorbild eröffnet. Der Aufmarsch der "gepanzerten Faust der Arbeiterklasse" veränderte das äußere Bild der Maifeiern total. Die Partei- und Staatsführung nahm die Parade von der Balustrade des Volkshausgebäudes hoch über den Köpfen der ostdeutschen Bevölkerung ab. Ab 1977 verzichtete die SED-Führung auf das militärische Ritual. Die Ehrentribüne ließ sie absenken, so dass auch wieder ein engerer Kontakt mit der Bevölkerung möglich war und Hände geschüttelt werden konnten. Mit solchen Gesten allein konnte die Entfremdung zwischen Volk und Führung in der DDR allerdings nicht überwunden werden. Ab 1988 wurde die Mai-

kundgebung deshalb zur geschlossenen Gesellschaft.

In der Bundesrepublik Deutschland zeichnete seit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) 1949 der geschäftsführende Bundesvorstand für die Maifeiern verantwortlich und beschloss die Maiaufrufe und die zentralen Maiparolen. 1951 begründete er die Tradition, die politischen Kundgebungen mit kulturellen Veranstaltungen zu umrahmen.



Die Kulturveranstaltungen und die mediale Präsenz konnten nicht verhindern, dass sich seit Mitte der fünfziger Jahre ein deutlicher Trend zu sinkenden Teilnehmerzahlen einstellte. Selbst die Gewerkschaftsmitglieder begriffen den 1. Mai zunehmend weniger als Kampf-

oder Feiertag der Arbeit, sondern vielmehr als Angebot zur individuellen Freizeitgestaltung.

Der DGB versuchte, diesem Trend durch attraktive Massenveranstaltungen im Anschluss an die Kundgebungen entgegenzuwirken. Seit Ende der sechziger Jahre war tatsächlich wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Das hing auch mit den schlechteren gesamtwirtschaftlichen Eckdaten zusammen. 1966/67 brach die erste Nachkriegsrezession über die Bundesrepublik herein.

Nicht nur wirtschaftlich und politisch, auch gesellschaftlich standen die Signale auf Veränderung, wie nicht zuletzt die Maifeiern in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren dokumentierten. Neben den Gewerkschaften führten auch andere Gruppen Kundgebungen durch oder chaotisierten die offiziellen DGB-Feiern: So geschehen 1977 in Hamburg und Frankfurt, aber auch in anderen Städten wie Bremen und Berlin, wo sie aufgrund oppositioneller Störmanöver mehrere Jahre nur noch im Saal stattfanden. Bis zu den achtziger Jahren gelang es aber nach und nach, die Kluft zwischen der "alten" Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen zu verringern. Es wurde üblich, am 1. Mai erst zur DGB- Veranstaltung und anschließend zum alternativen Stadtteilstadtteilfest zu gehen.

Volksfest, Kampftag oder Feiertag, diese Überlegungen gerieten schnell in den Hintergrund, als 1989/90 ganz andere Ereignisse die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften in Anspruch nahmen. Beinahe über Nacht hatte sich mit dem Zusammenbruch des Sozialismus die Welt verändert.

Im Hinblick auf neue Herausforderungen, soziale Härten und Benachteiligung ganzer Bevölkerungsschichten gewinnt der 1. Mai in den letzten Jahren seine Funktion als Streittag für gesellschaftliche Solidarität zurück und hat die Chance, ein weiteres Mal geschichtswirksam zu

werden, wenn es gelingt, die Beschäftigten zur Solidarität mit den nicht Beschäftigten zu bewegen, sowie den Schulterschluss der Entwurzelten, egal aus welchen Regionen unserer Welt zu befördern, um jedem hier ein Leben in Freiheit, und Würde zu ermöglichen.

Verwendete Quelle: Wikipedia



Aus dem Kiez

Hier gibt's Neues aus dem Brüsseler und Sprengelkiez

Nordufer-Schließung

Von Johannes Berger

Mittlerweile dürften es auch die Autofahrer wissen. Seit Oktober hindern Betonpoller am Pekinger Platz Autos an der Weiterfahrt übers Nordufer. 18 Jahre nachdem sich zum ersten Mal Bürger dafür eingesetzt haben, ist somit das Nordufer für den Verkehr geschlossen. Unsere Abteilung hat seit 1989 diese Forderung aufgegriffen und sie hat den Prozess maßgeblich voran getrieben. Nun kann man sich einerseits darüber freuen, dass wir es endlich geschafft haben. Auf der anderen Seite fragt sich:

Wenn alles so lange dauert, lohnt sich dann noch die (kommunal)politische Arbeit?

Dabei ist das Nordufer direkt am Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal mit seinem Alleincharakter ein entscheidender positiver Faktor nicht nur für die Menschen, die direkt hier wohnen. Der Wohnungsbestand ist durchaus anders als im übrigen Sprengelkiez, der Anteil von Eigentumswohnungen größer. Für die soziale Mischung in unserem Kiez ist das von erheblicher Bedeutung. Das Nordufer mit seinen Gartenlokalen vom „Deichgraf“ bis zum „Lindengarten“, mit seinem Baumbestand am Wasser und dem Pekinger Platz hat etwas von einer Flaniermeile und steigert so erheblich die Lebensqualität im gesamten Sprengelkiez.

Das Nordufer prägt nicht nur unseren Kiez, die Forderung nach seiner Schließung für den Verkehr war auch ein wesentlicher Teil des Selbstverständnisses unserer Abteilung. Vor einem Jahrzehnt war diese Forderung zusammen mit der Auseinandersetzung um die Finanzierung der Kinderfarm unser wichtigstes kiezpolitisches Thema. Das hatte auch eine ganz praktische Bedeutung. Unsere Straßenfeste fanden dort regelmäßig statt – jedenfalls solange es uns noch möglich war, 70 Verkehrsschilder zu seiner Absperrung aufzustellen.

Aller guten Dinge sind drei: Seit dem Herbst 2007 sind zudem der erneuerte Uferweg am Kanal und der Sprengelpark für die Bewohner zugänglich. Die Forderung nach der Verkehrsschließung des Nordufers war aber durchaus die strategisch wichtigste Forderung in diesem Zusammenhang. Denn die Möglichkeit, dass sich dereinst sehr viel mehr Verkehr über das Nordufer wälzen würde, hätte die Fortschritte, die mit dem Sprengelpark und dem Ausbau des Uferweges jetzt zu verzeichnen sind, wieder erheblich relativiert und der verstärkte Verkehr würde die Funktion des Nordufers zerstören. Während die Verkehrsdichte auf dem Nordufer

vor seiner Schließung noch akzeptabel war, bestand immer die Möglichkeit, dass sich in Folge einer veränderten Verkehrsplanung auch der Durchgangsverkehr am Nordufer erheblich erhöhen könnte. Genau dieser Eventualität wollte man mit einer Schließung einen festen Riegel vorschieben. So ist die Verkehrsschließung vielleicht die am wenigsten sichtbarste, aber doch strategisch notwendigste Veränderung am Nordufer.

„...schon zu Beginn der 90er Jahre fand unsere Forderung nach Schließung des Nordufers Eingang in das Kommunale Wahlprogramm der Weddinger SPD“

Als die Idee einer Sperrung des Nordufers Ende der 80er Jahre aufkam, da war zwar das Leitbild einer autogerechten Stadt noch nicht aus den Köpfen aller Verkehrspolitiker verschwunden. Immerhin war einmal geplant, dass die berühmte berüchtigte Stadtautobahn Westtangenten an der Amrumer Straße die U9 kreuzen sollte. Im U-Bahnhof Amrumer Straße hatte man bereits 1961 einen Straßentunnel mit eingebaut. Aber schon zu Beginn der 90er Jahre fand unsere Forderung nach Schließung des Nordufers Eingang in das Kommunale Wahlprogramm der Weddinger SPD für die BVV-Wahlen und mit den Jahren wurde das sog. Weddinger Landrecht, wonach linke Abteilungen wie die unsere von der mehrheitlich rechten Weddinger SPD konsequent ausgegrenzt wurden, immer weniger angewandt.

Nun sind Wahlprogramme notfalls sehr geduldig und es passierte lange Zeit nicht viel. Das hatte zu einem damit zu tun, dass verkehrspolitische Entscheidungen in der Regel die Sache der zuständigen Senatsverwaltung sind und

nicht der Bezirke, weil diese Auswirkungen auf die gesamte Stadt haben können.

Zum anderen gab es nach dem Mauerfall eine neue Situation. Jetzt galt es, eine neue Verkehrsplanung für das wiedervereinigte Berlin vorzulegen und gleich auch den Hauptstadtfaktor mit einzukalkulieren. Anfänglich hat man ziemlich euphorisch für eine schnell expandierenden Metropole geplant, nachher ging man etwas nüchterner zu Werke.

1. Mai Demonstration des DGB

SPD Treffpunkt ist ab 9 Uhr am U-Bahnhof Wittenbergplatz

Dass da zusätzlicher Verkehr auf unseren Kiez zurollen könnte, dies wurde uns im Frühjahr 2001 deutlich, als die Planungen für die S-Bahnlinie 21 und für den Tiergartentunnel bekannt wurden. Die Trasse für die S-21, welche den neuen Hauptbahnhof mit dem S-Bahn-Nordring am Gesundbrunnen verbindet, wird ebenerdig über die Tegeler Straße führen und diese somit für den Verkehr schließen. Der Verkehr muss umgeleitet werden, am einfachsten natürlich übers Nordufer. Dann kommt, so war damals die Prognose, noch mehr Verkehr hinzu, weil der neue Autotunnel unter dem Tiergarten eine Ausfahrt an der Heidestraße haben wird. Als wir das im Mai 2001 in der Abteilung diskutierten, wurde mir auch klar, weshalb Verkehrsplanung ein eigenes Unifach ist. Wenn der Spruch „Alles hängt mit Allem zusammen“ für irgendwas zutrifft, dann für die Analyse von Verkehrsströmen. Jedenfalls haben Erweiterungen, Verengungen oder Schließungen von Straßen nicht nur Auswirkungen beispielsweise auf die BVG-Routen und es müssen Alternativen für die Zufahrt von Rettungswagen vorhanden sein. Die Veränderung von Verkehr-

strömen im Sprengelkiez kann eben auch Auswirkungen bis runter nach Tempelhof haben. Diese Komplexität ist ein Grund, weshalb bürokratische Entscheidungsprozesse oftmals so lange dauern.

Diskutiert haben wir damals auch nicht allein sondern zusammen mit dem Verkehrsforum Mitte und dem Quartiersmanagement Sparrplatz (QM) und als Ergebnis gab es ein gemeinsames Flugblatt. Doch dieses Flugblatt geriet zwischen die Mühlsteine eines überraschend ausgetragenen Wahlkampfs. Im Juni zerbrach wegen Landowsky und der Bankenkrise die große Berliner Senatskoalition und vor den anstehenden Neuwahlen beschwerte sich der örtliche CDU-Kandidat für das Abgeordnetenhaus per Pressemitteilung, das QM habe seine Pflicht zur Überparteilichkeit verletzt, weil es zusammen mit unserer Abteilung dieses Flugblatt herausgegeben habe. Danach hat sich das QM im Vergleich zu seinen Aktivitäten für den Sprengelpark und die Sanierung des Kanalufer bei der Schließung des Nordufers eher zurückgehalten.

Einen Wahlkampf später wurden die neuen Verkehrsplanungen sehr konkret und es bestand dringender Handlungsbedarf. Im Sommer 2002, es lief gerade der Bundestagswahlkampf an, wurde bekannt, dass im Herbst das offizielle Planfeststellungsverfahren für die S-21 beginnt. Diese Planungen beinhalteten expressis verbis eine stärkere Öffnung des Nordufers für den Durchgangsverkehr – also genau das, was wir immer verhindern wollten. Nun ergab es sich, dass wir für den 27. August 2007 schon den Saal im „Lindengarten“ schon reserviert hatten. Aus der anvisierten Mitgliederversammlung wurde eine Bürgerversammlung gegen die drohende Öffnung des Nordufers. Als Abteilung konnte uns Mitten im Wahlkampf eigentlich nichts besseres passieren, als dass uns ein solch heißes kiezpolitisches Thema von

der Planungsbürokratie auf dem Silbertablett präsentiert wurde. Nur ohne Risiko war das nicht. Es musste auch die von der SPD geführte Senatsverkehrsverwaltung einen geänderten Plan vorlegen, der unseren Interessen entgegenkam. Über das ausbaufähige Friedrich-Krause-Ufer auf der anderen Seite des Kanals, an dem nur wenige Menschen wohnen, sollte der Verkehr statt dessen rollen. Nachdem vor allem Ulrike und Dirk erfolgreich anti-chambriert hatten, präsentierte dann Heribert Guggenthaler als Vertreter des Senats im vollbesetzten Lindengarten eine alternative Verkehrsführung, die dem Nordufer einen Verkehrskollaps erspart und seine Schließung am Pekinger Platz möglich macht. 80 Besucher, soviel waren noch nie auf einer Veranstaltung des Grünen Dreiecks. Nachdem es zuvor schwierig war, einen kompetenten Referenten zum neu gefassten Planungsrecht zu gewinnen, war dann auch die haute vole der SPD-Mitte anwesend. Der Bundestagswahlkampf hatte da seine eigenen Gesetzmäßigkeiten, die unsere Interessen am Nordufer beförderten. Einen Eklat mit der örtlichen Abteilung und den Bürgern konnten sich die Partei und ihr Bundestagskandidat genauso wenig leisten wie eine inkompetente Außendarstellung.

Auch andere Gremien saugten aus dieser Veranstaltung (und der ihr zugrunde liegenden Interessenslage) ihren politischen Nektar. Das Nordufer zu schließen, war auch für die PDS eine Angelegenheit, der man zustimmen konnte. Und so hat sie dann zum ersten Mal zusammen mit SPD in der BVV Mitte einen gemeinsamen Antrag eingebracht. Für die SPD-Fraktion war dies der erste Schritt aus der Isolation, der erste politische Lichtblick, seit nach den Wahlen von 2001 PDS und Grüne sich mit der CDU zu einer Zählgemeinschaft zusammengetan und Joachim Zeller zum Bezirksbür-

germeister gewählt hatten, obwohl die SPD die stärkste Fraktion war.

Aber uns waren durchaus die Grenzen einer SPD-Abteilung als Bürgerbewegung bewusst. Alternative Pläne der Verkehrsverwaltung und BVV-Beschlüsse allein helfen noch nicht. Für das Planfeststellungsverfahren galt noch der alte Plan und die Deutsche Bahn als Bauherr der S-21 hielt da stur dran fest. Für das öffentliche Beteiligungsverfahren mussten Bürger Eingaben machen, die den Bauherrn dann zur Planänderung veranlassen.

Stadtrundfahrt zu den Berliner Gewerkschaftshäusern – 75 Jahre nach ihrer Besetzung durch die Nazis

SPD Steglitz-Zehlendorf – Abt. Dahlem

Am 02.05. um 9:00 Uhr
Treffpunkt: DGB-Haus, Keithstr. 1-3, U-Bahn Wittenbergplatz. Diese Fahrt kostet 12€. Anmeldung und weitere Informationen: burkhard.z@t-online.de

Diese Eingaben hätten wir nie allein organisieren können, auch weil es unter den Bürgern Vorbehalte gibt, wenn Parteien sich zu sehr als Bürgerinitiative gerieren. Bei einem politisch neutralen Ansprechpartner hatten, so war eine im Sommer 2002 öfters zu hörende Meinung, viele Bürger ein besseres Gefühl.

Eine Woche nach unserer Veranstaltung gründete sich im „Lindengarten“ die Bürgerinitiative Nordufer (BI Nordufer). Von uns waren zwar Horst, Dirk und Ulrike mit dabei, aber die BI war eine ganz klar überparteiliche Angelegenheit und sie agierte sehr erfolgreich. Zunächst organisierte sie bis Mitte Oktober über 500 Unterschriften von Anwohnern unter detaillierte Eingaben für das Planfeststellungsverfahren, die im Ergebnis zu einer Planänderung in unserem Sinne führten. Weil dann eine ganze Weile

nichts passierte, rief die BI an einem Samstagmorgen zu einer kreativen Demo auf. Für einige Stunden sah das Nordufer mit Pflanzkübeln und Bodenmalereien so aus, als sei es schon geschlossen. Aber das dauerte. Vertreter der BI telefonierten regelmäßig mit den für die Schließung zuständigen Beamten, um sich nach dem Stand der Dinge zu erkundigen, und ihn daran zu erinnern, dass da noch was offen ist. Als das Nordufer dann geschlossen war, löste sich die BI nach getaner Arbeit ganz unspektakulär auf.

Zwischen unserer Bürgerversammlung im „Lindengarten“ und der Schließung lagen fünf lange Jahre. Just während wir uns im „Lindengarten“ trafen, wurde der Dresdener Hauptbahnhof überschwemmt und Wasserfluten rissen

anderswo in Sachsen ganze Eisenbahnlinien weg. Die Deutsche Bahn musste ihre Investitionspläne ändern und jetzt sehr viel Geld für Reparaturarbeiten in den Hochwassergebieten einsetzen. Der Bau der S-21 wurde auf unbestimmte Zeit verschoben und damit auch die Schließung des Nordufers. Denn beides war planrechtlich und finanziell miteinander verknüpft. Die Baukosten für die für die Schließung sollten aus der Ausgleichsabgabe finanziert werden, die Deutsche Bahn für die Verbauung von Grünflächen (durch die S-21) zu zahlen hatte.

Dieses Junktim zwischen dem Bau der S-21 und der Schließung wurde 2005 von der Senatsverwaltung aufgehoben. Zum gleichen Zeitpunkt, da die Finanzierung des Sprengelparks durch eine frühere Ausgleichsabgabe der DB für die



**Gute Arbeit heißt für mich:
Eine Ausbildung mit Perspektiven.**

SPD
www.gutearbeit.spd.de

Verbauung des Mettmannplatzes gesichert war und die Sanierung des Uferweges am Kanal mit EU-Geldern bezahlt werden konnte, stellte der Senat für die Schließung Nordufers Geld aus ihrem Radfahrwegeprogramm bereit. Das Nordufer wird damit ganz offiziell Teil des Europäischen Radfahrwegs Berlin-Kopenhagen.

Während wir danach den Fortgang der Bauarbeiten für den Sprengelpark und den Uferweg mit eigenen Augen beobachten konnten, tat sich in Sachen Schließung wieder lange Zeit nichts. So langsam wurde die Abteilung unruhig: Der Verdacht, dass die bestehenden Planungen wieder revidiert werden, dass irgendeinem Verkehrsplaner doch Bedenken gegen eine Schließung gekommen sind, schlich sich ein. Auf Anfragen in der BVV und an das zuständige Bezirksamt gab es zwar beruhigende Antworten, aber die darin genannten Fristen und Daten für die Umsetzung verstrichen, ohne dass etwas geschah. Als im Sommer 2007 die Bauarbeiten tatsächlich begannen, war unsere Skepsis so groß, dass wir an die Schließung erst glaubten, als die Poller standen und die Ampel in der Torfstraße abgeschaltet war.

Doch sogleich wurde Wasser in den Wein gegossen. Wenige Wochen nach der Schließung des Nordufers fand wieder eine Bürgerversammlung statt, diesmal von Anwohnern der Tegeler Straße. Thema war der verstärkte Verkehr durch Tegeler Str. seit der Schließung des Nordufers. Es bestätigte sich die Regel, dass beim Verkehr alles mit allem zusammenhängt. Schon 2005 hatte unsere Abteilung darauf hingewiesen, dass, wenn die S-21 (noch) nicht gebaut, das Nordufer aber geschlossen wird, andernorts die Verkehrsführung verändert werden muss, damit nicht mehr Verkehr durch die (noch) offene Tegeler Str. rollen wird.

Die 18 Jahre dauernden Geschichte der Schließung des Nordufers lehrt einen vielleicht, dass es ganz gut sein kann, nicht im Vornherein zu

wissen, wie lange ein Projekt dauern wird. Die für uns als Abteilung angenehmste Konsequenz: Wir werden unser Straßenfest am 30. August 2008 am Nordufer glatt mit links stemmen können. Denn wir müssen jetzt nicht mehr 70 Verkehrsschilder mit bleischweren betoneisernen Füßen viermal auf- und abladen.

Der Brüsseler Kiez – ein Quartier macht von sich reden

- Eine Bürgerinitiative stemmt sich gegen negative Entwicklungen im Kiez -

Von Karl-Heinz Schneider-Bodenbender

Zur Orientierung: Der Brüsseler Kiez liegt im Ortsteil Wedding innerhalb der Hauptverkehrsadern Luxemburger-, Amrumer-, See und Mülkerstraße. Ein Kiez, der vor noch gar nicht so langer Zeit mal als ‚Geheimtipp‘ galt, nicht zuletzt, weil u. a. seine Kneipenkultur (die etwas Älteren erinnern sich noch lebhaft an den ‚Setzling‘, den ‚Nordpol‘ und das ‚Alabama‘) weit über den Kiez hinaus bekannt war. Einer Zeit, als in anderen Quartieren bereits über Quartiersmanagement nachgedacht wurde. Diese Zeiten sind leider vorbei.

Vor etwa zwei Jahren titelte der ‚Kiezbote‘ – die Stadtteilzeitung für den Sparplatz/Sprengelkiez – einen Artikel mit „Unsere Nachbarn – der Brüsseler Kiez erwacht wieder“. Der Beitrag erinnerte an eben jenen Brüsseler Kiez, der zu dieser Zeit von der Öffentlichkeit kaum mehr wahrgenommen wurde und auch heute noch als intakt gilt.

Im Vergleich mag das stimmen: Noch gibt es einige Geschäfte, deren Inhaber die Namen ihrer Kunden kennen. Noch gibt es Lokale, die standhaft dem allgemeinen Kaufkraftverlust

trotzen und wo beim gepflegten Bier ein vernünftiges Gespräch zustande kommt. Im Sommer vermittelt der Kiez immer noch das Gefühl, für einen Großstadtliebenden ist - noch - genügend erholsames Grün da. Auch einige Highlights bietet der Kiez: etwa das Anti-Kriegsmuseum mit der Peace-Gallery und dem Anti-Kriegsdenkmal am Anfang des Ernst-Friedrich-Gedenkweges auf dem Mittelstreifen der Lütticher Straße zwischen Brüsseler- und Ostender Straße, das Zuckermuseum als weltweit größtes Spezialmuseum, die Technische Fachhochschule mit dem Max-Beckmann-Saal und dem Musiktheater ‚Atze‘ sowie der anliegende Zeppelinplatz als Erholungsmöglichkeit.

Aber: Vor allem AnwohnerInnen bemerken, dass sich immer häufiger eine negative Seite zeigt. Hohe Arbeitslosigkeit, fortschreitende Vermüllung des Straßenraumes, Verfall der Grünanlagen, Ladenleerstand, eine immer problematischere Zusammensetzung des Ladengewerbes (eingetragene Vereine mit wenig Kiezbezug, Wettbüros etc.),

Klein(drogen-)kriminalität, vor allem im Umfeld der Antwerpener Straße, Sanierungsbedürftigkeit der Wohngebäude etc. Trotz des sozialen Engagements der wenigen sozialen Initiativen wie etwa der alteingesessenen Kapernaumgemeinde oder des ‚Dock Nord‘ reicht die soziale Infrastruktur des Wohngebietes einfach nicht aus, dem steigenden Problemdruck zu begegnen. Das führt dazu, dass Teile der Wohnbevölkerung, die den Kiez stabilisieren, ihn verlassen. Fazit: Der Brüsseler Kiez ist eben keine Insel.

Trotzdem: Die Kriterien der bisher zwei Sozialstrukturatlanten weisen für den Brüsseler Kiez keinen besonderen Handlungsbedarf aus. Jedenfalls keinen, der eine finanziell abgesicherte Einrichtung wie etwa ein Quartiersmanagement ermögliichte.



Aus dieser Not heraus und im Bestreben, nicht nur den Anfängen zu wehren, sondern aktiv in die Gestaltung ihres Wohnumfeldes einzugreifen gründete sich im Frühsommer 2005 die Bürgerinitiative Brüsseler Kiez. Sie versucht seitdem mit Unterstützung des Präventionsrates des Bezirksamts Mitte durch vielfältige Aktivitäten und Initiativen einen Prozess in Gang zu setzen, der zur Re-Stabilisierung des Quartiers beiträgt.

Der Kiez macht damit im wahren Sinne des Wortes (wieder) von sich reden. Frühzeitig wurden die regionalen (Anzeigen-)Zeitungen aufmerksam und berichteten mit einer Ausnahme angemessen über die besorgniserregende Kiezentwicklung. Entsprechend fand das

ufer Café
gemütliche Piano-Bar

Nordufer 4 · 13353 Berlin
Telefon: (030) 45 02 18 72

Inhaber und Musiker - Falki und Robert

mit schönem Biergarten

Täglich geöffnet
von 16.00 bis 04.00 Uhr
Sonntags bis 24.00 Uhr

ufer Café

ehrenamtliche Engagement der Bürgerinitiative ein wohlwollendes Echo. Das ist auch nötig. Denn in der Berliner Innenstadt haben die Anwohner eines Kiezes ohne Öffentlichkeit und in abseitiger Lage zum Regierungsviertel auf längere Sicht kaum Chance, intakte Lebens- und Nachbarschaftsverhältnisse zu erhalten oder gar neu auszubilden. Hier kann Öffentlichkeit ein wenig nachhelfen, Politik und Verwaltung über Sympathiebekundungen hinaus und trotz Haushaltszwängen zu konkreter Unterstützung zu veranlassen

Das Wesentliche für das Umfeld aber: In den fast drei Jahren des Bestehens der Bürgerinitiative hat sich – bei weitem noch nicht genug,

aber dennoch – schon einiges getan. So entstand aus bisher fünf sehr gut besuchten Kiezgesprächen der AnwohnerInnen mit Vertretern der Polizei, der BSR, des Bezirksamtes und mit Vertretern der Parteien aus Bezirk und Land sowie mehreren Kiezrundgängen (sogenannte ‚mobile Sprechstunden‘) ein Netzwerk von mittlerweile etwa 100 Interessierten / UnterstützerInnen aus dem Kiez. Sie werden von der Bürgerinitiative regelmäßig über wesentliche Fortschritte der Arbeit unterrichtet. Aus diesem Netzwerk entwickelten sich weitere Aktivitäten, wie

- Aufstellen und Betreuen von Hundekotbeutel Spendern,

- Patenschaften zur Pflege von Baumscheiben – bis in diesen Tagen kümmern sich AnwohnerInnen um mehr als ein Dutzend Bäume regelmäßig
- monatliche (leider noch zu wenig genutzte) Sprechstunde für AnwohnerInnen
- Erarbeitung eines Bepflanzungskonzepts für einen Teil der Mittelpromenade in der Antwerpener Straße

Darüber hinaus regte die Bürgerinitiative einen Antrag auf Qualifizierung des Brüsseler Kiezes als Sanierungsgebiet an. Damit soll auch das Land Berlin ins Boot geholt werden. Dahinter steckt die Einschätzung, dass eine positivere Entwicklung, mindestens ein weiteres ‚Abrutschen‘ des Wohngebietes am ehesten verhindert werden kann, wenn sich auch die Landespolitik längerfristig finanziell und professionell beteiligt.

Diese Anregung sorgte kurze Zeit für öffentlichen Diskussionsstoff. Ein Reporter der Anzeigenzeitung ‚Berliner Woche‘ warf Anfang März dieses Jahres in einem Artikel der Bürgerinitiative Dramatisierung der Situation vor - als wäre alles in bester Kiez-Ordnung. Das empörte nicht nur die Engagierten, sondern sorgte auch bei vielen Anwohnern für Unverständnis. Zu Recht: Auf allen Bürgerversammlungen war neben dem Wunsch im Kiez zu bleiben die Sorge um seine weitere Entwicklung zu hören.

Natürlich hat die Initiative reagiert. Die ‚Berliner Zeitung‘ veröffentlichte die Gegenposition der Bürgerinitiative. Sie legte den tatsächlichen Handlungsbedarf im Quartier klar und forderte zu sorgfältigerer Recherche auf. Die Gemüter beruhigten sich wieder.

Viel Arbeit, Zeit und Zähigkeit erfordert vor allen Dingen ein Projekt, dass die Bürgerinitiative seit ihrer Gründung beansprucht: Die Mittelpromenade in der Antwerpener- zwischen

Brüsseler- und Ostender Straße soll wieder attraktiver werden. Ihr teilweise jämmerlicher Zustand verschlimmert sich zusehends, weil Haushaltsvorgaben eine Reinigung und Pflege der Bepflanzung durch das zuständige Grünflächenamt und Stadtreinigung nur weit unterhalb des Bedarfs erlauben. Hinzu kommt, dass leider immer noch zu wenige Hundebesitzer die Hinterlassenschaften ihres Hundes entsorgen und dadurch die Vegetation immer stärker geschädigt wird. Dabei hat die Bürgerinitiative für die Aufstellung von Spendern von Beuteln für Hundekot gesorgt und betreut die Spender auch. Nach mittlerweile vier von der Bürgerinitiative ausgearbeiteten Gestaltungsentwürfen für den Bereich gibt es jetzt den Entwurf einer Pflegevereinbarung. Er wurde vom Grünflächenamt ausgearbeitet und legt die jeweiligen Verantwortlichkeiten von Bürgerinitiative und Bezirksamt fest. Im Moment prüft die Bürgerinitiative den Entwurf, da nach ihrem Eindruck die Lasten der anfallenden Arbeiten zu ungleich verteilt sind. Zwar geht das Amt die Verpflichtung ein, auf einem Teilbereich einen neuen Weg anzulegen und Anpflanzungen vorzunehmen. Anschließend werden der Bürgerinitiative aber fast sämtliche Arbeiten der Pflege und Reinigung auferlegt, was wegen der fehlenden Infrastruktur und dem Umfang der Arbeiten ehrenamtlich kaum zu leisten ist. Die Bürgerinitiative Brüsseler Kiez sucht zurzeit trotzdem nach einem Weg – unter anderem soll über eine Kampagne versucht werden, die unmittelbaren AnwohnerInnen stärker zu beteiligen – das Projekt zu einem Teilerfolg zu führen.



Indisches Restaurant, Cafe, Bar.

Ruchita

Torfstrasse, (Ecke Kiautschoustr. 12a)

13353 Berlin. Tel: (030) 417 29 813

Mobile : 01721620997

Opening time everyday 12.00-24.00 Uhr

Jedem Sonntag grosse Büffe 12.00-17.00

www.ruchita.de

Jeden Sonntag 12-17:00 Uhr**großes Buffet 5,90€**

Es ist nicht zu übersehen, dass die Haushaltsvorgaben des Landes Berlin den Bezirken erhebliche Einschränkungen auferlegen, die es den dort Beschäftigten erschweren, für die BürgerInnen gute Dienstleistungen zu erbringen. Natürlich soll bürgerschaftliches Engagement vor Ort öffentlicher Daseinsvorsorge zur Seite stehen und es ist für ein Wohnquartier nur von Vorteil, weil die jeweiligen Bewohner näher dran sind. Die Betonung liegt aber auf *zur Seite stehen*, nicht auf *ersetzen*. Deshalb ist die Frage zu stellen, welche ihrer Aufgaben die Politik den BürgerInnen (noch) aufbürden will bzw. wie viel sie selbst (wieder) bereit ist, unter öffentlicher Verantwortung zu nehmen...

Einschub: Hintergründiges und Bedingendes

Es ist wahr: Die finanzielle Situation Berlins lässt von einem bestimmten Standpunkt gesehen kaum Spielraum. Ein wenig wird man aber die Erinnerung bemühen müssen, damit die spezifische Situation Berlins und letztlich seiner Quartiere differenzierter eingeordnet werden kann.

Kursorisch:

1 Die beiden Teile Gesamt-Berlins waren bis zum Fall der Mauer 1989 eingebettet in die Blockauseinandersetzung des Ost-West-Gegensatzes als jeweilige Frontstadt installiert worden. Aus diesem politisch gewollten Zustand resultierte im Laufe der Zeit eine extreme finanzielle Abhängigkeit beider Stadthälften von ihrer jeweiligen (BRD- bzw. DDR-) Regierung.

2 Nach der *politischen Wende* strukturierte der Bund das Subventionsgefüge neu, sodass insgesamt weniger Mittel flossen; und zwar in einer Abruptheit, die die Anpassungsfähigkeiten der Stadt mit seinen in der Blockkonfrontation verfestigten Strukturen schlicht überforderte (u. a. vorher subventionierte industrielle, verlängerte Werkbank' im Westen, nicht konkurrenzfähige Industrie im Osten, hoher Beschäftigtenanteil in der zusammengelegten Stadtverwaltung). Zusätzlich bewirkte der Wegfall der Berlin-Zulage einen Nachfrageausfall für die Berliner Wirtschaft in Milliardenhöhe und im Gefolge weniger Steuereinnahmen. Ergebnis dieser hier nur skizzierten Entwicklung: eine immer höhere Verschuldung der Stadt.

3 Bereits Anfang der 80er Jahre vollzog sich mit dem Regierungsantritt Helmut Kohl die *geistig-moralische Wende*. Sie brachte einen Paradigmenwechsel: Die Abkehr von auf keynsianisch orientierten Global-Steuerungsmodellen zur neoklassischen Finanz- und Wirtschaftspolitik

Ein Prozess, der wegen zunächst fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz erst langsam in Gang gesetzt, nach dem Ende der Blockkonfrontation – und damit ohne eine Alternative, die die kapitalistischen Verhältnisse unter Legitimierungszwang setzt – in der Folge immer

unverhohlener fortgesetzt wurde und seinen bisherigen Kulminationspunkt in der Verabschiedung der ausgerechnet auf sozialdemokratische Urheberchaft zurückgehenden, Agenda 2010' fand.

Ein unterdessen dreißig Jahre währender Prozess, während dessen der Sozialstaat unter Akzeptanz vermeintlicher Sachzwänge der Globalisierung zu einem 'nationalen Wettbewerbsstaat' transformiert wurde, der dem globalen Konkurrenzdruck standhalten soll. Dazu wurde(n)

- die Arbeit marktgängiger gestaltet, d.h. für Unternehmer billiger und leichter erreichbar (Senkung des Lohnniveaus und der Lohnnebenkosten, erleichterte Kündigungen, erhöhter Zwang zur Arbeitsaufnahme),
- mögliche Investoren steuerlich entlastet und Investitionsbedingungen erleichtert und (Deregulierungen, Privatisierungen)
- und der Staat selbst als vermeintlich größter unproduktiver Konsument identifiziert und aufgefordert, seine Ausgaben einzuschränken.

Diese Kombination sollte finanziellen Ressourcen für produktive Investitionen freisetzen.

4 Vermittelt über weitere Zwischenschritte konstituiert sich letztlich der vermeintliche Zwang zum ausgeglichenen Staatshaushalt und damit zur strikten Haushaltsdisziplin auf allen staatlichen Ebenen bis herunter zur Kommune. Aus dieser Sicht scheint allein zielführend und damit alternativlos zu sein, alle Ausgaben der öffentlichen Hand streng betriebswirtschaftlichen Kriterien zu unterwerfen (es schlägt die Stunde der Betriebswirte und Unternehmensberater)

5 Bezogen auf den städtischen Bereich hat die Stadtforschung für diese Entwicklung den in

den 80er Jahren d. I. Jh. geprägten Begriff ‚unternehmerische Stadt‘ aufgenommen. Die Stadt wird selbst ein Akteur des Marktes und konkurriert mit anderen Städten um private Investitionen und Arbeitsplätze. Entsprechend marktkonform strukturiert sie ihre Verwaltung. Der für diesen Vorgang allgemein verwendete Begriff: New Public Management (im Folgenden abgekürzt NPM).

6 Auch Berlin sah und sieht in der NPM einen zentralen Hebel, die eigenen Standortbedingungen zu verbessern. Die schrittweise Einführung des Konzepts firmiert in Berlin allgemein unter Verwaltungsreform (zu der es konkretere Überlegungen schon in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gab). Die Senatsverwaltung gibt 1995 an (zitiert nach Henrik Lebuhn: Sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt, 2007): „Hauptziele...sind eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns und eine Schärfung des Kostenbewusstseins...“ Fünf Funktionsbereiche sollen die Umsetzung sichern:

- Wirkungsorientierung: Entscheidungsträger geben eine zu erreichende Leistung vor
- Leistungsmessung: Verwaltungshandeln wird zu so genannten ‚Produkten‘ umdefiniert, die auch preislich bewertet werden
- Controlling: beides wird regelmäßig nach betriebswirtschaftlichen Kriterien überprüft
- Globalbudgets: die Bezirke erhalten eine Zuweisungssumme - deren Höhe sich über einen mathematisch errechneten Mittelwert (Median) ergibt - und verfügen darüber selbstständig
- Wettbewerb: Qualität und Effizienz sollen gesteigert werden mittels Leistungsvergleich zwischen verschiedenen Verwaltungen aber auch Privatunternehmen (Aufzählung ebenfalls nach Lebuhn).



Die SPD macht weiter Druck

Ihre Stimme für faire Mindestlöhne!



Die SPD dringt weiter auf die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat deshalb Mitte Januar Gesetzentwürfe für die Reform des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes vorgelegt. Mit Hilfe beider Gesetze wollen wir die Voraussetzungen für faire und menschenwürdige Löhne in allen Bereichen der Wirtschaft schaffen. Damit setzen wir eine Vereinbarung mit der Union im Koalitionsausschuss vom Juni 2007 um.

Mindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Wenn in einer Branche mindestens 50 % der Arbeitnehmer bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt sind, können die Tarifparteien gemeinsam einen Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung eines Mindestlohn-Tarifvertrages stellen. Der Mindestlohn gilt dann für alle Beschäftigten in der Branche, egal wo der Arbeitgeber seinen Firmensitz hat.

Mindestlöhne über das Mindestarbeitsbedingungengesetz

Mindestlöhne sollen auch in den Branchen ermöglicht werden, in denen nicht mindestens 50% der Arbeitnehmer bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt sind. Dazu wird ein Hauptausschuss gebildet, der mit sechs unabhängigen Experten auf Vorschlag der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzt wird. Der Hauptausschuss sieht sich die Branchen an und entscheidet, ob die Notwendigkeit eines Mindestlohns gegeben ist. Ist dies in einer Branche der Fall, entscheidet ein Fachausschuss für die Branche über die Höhe des Mindestlohns, der von der Bundesregierung per Rechtsverordnung festgesetzt werden kann.

Mindestlöhne sind sozial gerecht und ökonomisch vernünftig

- Mindestlöhne sind ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss hiervon leben können.
- Mindestlöhne sind ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Die gute Konjunktur muss durch eine starke Binnennachfrage stabilisiert werden.
- Mindestlöhne sind ein Gebot des fairen Wettbewerbs. Wir wollen Wettbewerb über Produktivität und Qualität der Leistung, nicht über Lohndumping.

CDU und CSU sperren sich weiterhin gegen faire und menschenwürdige Mindestlöhne. Wer Mindestlöhne will, kann bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg aktiv für Mindestlöhne stimmen und SPD wählen.

Alle Elemente sind in der die ‚Kosten- und Leistungsrechnung‘, kurz ‚KLR‘ implementiert, die letztlich von der Senatsebene in die Bezirke herunter dekretiert wurde.

7 Vor allem die Zuweisung der Globalhaushalte für die Bezirke über den Median hat gleichsam ein perfides System von ‚Belohnung und Bestrafung‘ installiert: Die Bezirke, die darunter bleiben bekommen mehr, die darüber liegenden Bezirke weniger Zuweisungssumme. Letztlich führt dieses System zu einem Kostensenkungswettbewerb der Bezirke untereinander (dabei senkt jede Ersparnis den Median erneut, was erneute Einsparbemühungen erforderlich macht...). Die Verlierer in diesem Konkurrenzkampf müssen letztlich die Bezirke sein, deren Bewohnerschaft eine eher problematischere Zusammensetzung aufweist (hohe Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen, unterdurchschnittliches Bildungsniveau, hoher Migrationanteil etc.).

8 Dazu gehört u.a. der Bezirk Mitte mit seinen Ortsteilen Tiergarten und Wedding. Einklemmt zwischen den unter 7 und 8 beschriebenen Haushaltserfordernissen und immensem Problemdruck, zieht der Bezirk sich im Ergebnis immer weiter aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurück und greift in der Tendenz nur noch dann ein, wenn es schon brennt.

9 Vor diesem Hintergrund begrüßt der Bezirk selbstverständlich jede Initiative, die sich aus der Bewohnerschaft eines Wohnquartiers entwickelt, ist damit doch die durchaus berechtigte Hoffnung nach eigener Entlastung verbunden. Dazu muss er allerdings (und nicht nur er) die Unterstützung der eigenen Entlastung durch BürgerInnen stärker fördern. Positives Beispiel ist hier der Präventionsrat, dessen Rolle beim Aufbau von Initiativstrukturen hoch zu bewerten ist. Allerdings sind seine Möglichkei-

ten im weiteren Verlauf begrenzt. Die Unterstützung durch den Bezirk muss umfassender sein.

(*wer seine Erkenntnis hinsichtlich der Punkt 6-8 vertiefen will, dem sei folgende Lektüre empfohlen::
a) PROKLA 149: Schwerpunktheft ‚Globalisierung und Spaltungen in den Städten
b) PROKLA 150: die Artikel von Klaus Lederer: Die Entscheidungen in die Politische Arena zurückholen und Henrik Lebuhn: Grenzen und Möglichkeiten linker Stadtpolitik (eine Erwiderung auf Klaus Ledrer

Die Arbeit geht weiter

...Vor diesem ‚Hintergrundrauschen‘ arbeiten wahrscheinlich unzählige Initiativen an ihren vermeintlich kleinen Projekten. So ist auch die Bürgerinitiative Brüsseler Kiez keine Ausnahme

Es ist noch einiges zu tun. Selbst im Falle des Scheiterns des Projekts ‚Promenade Antwerpener Straße‘ lohnen noch andere Vorhaben ein Engagement. Beispielsweise wird an der Verkehrsberuhigung der Durchgangsstraßen Brüsseler- und Genter Straße zunächst mit Hilfe von Dialogdisplays, später durch andere Maßnahmen gearbeitet. Verstärkt werden soll auch die Kontaktpflege zum örtlichen Gewerbe. Vom Blick über Tellerrand in andere Kieze und der Erfahrungsaustausch mit anderen Initiativen verspricht sich die Bürgerinitiative Nutzbares für das eigene Umfeld

Eines scheint sicher, der Brüsseler Kiez wird sich weiter ins Gespräch bringen.

Kontakt:

Maria Breitfeld-Markowski, bruesseler-kiez@berlin.de
Kiez-Briefkasten: Bürgerinitiative Brüsseler Kiez, Brüsseler Straße 37 A, 13353 Berlin

Karl-Heinz Schneider-Bodenbender, Tel/Fax (p.): 462 37 02, E-Mail: kaschneibo@aol.com

Die Bürgerinitiative trifft sich jeweils am 2. Dienstag und am 4. Mittwoch (Sprechstunde für AnwohnerInnen) im Monat um 19.00 Uhr im L'Escargot, Brüsseler Str. 39, 13353 Berlin

Diskussionsforum

Dies ist die Plattform für (partei-) politische Debatten.

Erbschaftssteuer wird Reformiert

Frank Kirstan (Mitglied der 10. Abteilung Schillerpark und stv. Landesvorsitzender der AfA in der Berliner SPD)

Eine größere Verteilungsgerechtigkeit ist notwendig, Koalition springt zu kurz

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat die Erbschaftssteuer in ihrer bisherigen Form im Februar 2007 für unrechtmäßig erklärt. Es bemängelte, dass die Erben von Immobilien, Betriebsvermögen und Firmenanteilen gegenüber den Erben von Geld und Wertpapieren bevorzugt würden, weil die Grundlage der Besteuerung nicht der erzielbare Marktwert sei. Inzwischen liegt ein Gesetzentwurf auf dem Tisch, über den heftig gestritten wird. Noch in diesem Jahr soll das Gesetz zur Reform des Erbschaftssteuer- und Bewertungsrechts in Kraft treten.

Worüber wir reden

In Deutschland gibt es bisher Steuersätze für Erbschaften, die im internationalen Vergleich sehr niedrig sind. Die Bedeutung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer war in der Vergangenheit jedoch eher gering, weil es jahrzehntelang nicht viel zu erben gab. Der Anteil der Erbschaftssteuer macht ein halbes Prozent aller Steuereinnahmen aus, rund 4 Mrd. Euro. Nun ist es aber inzwischen so, dass jährlich etwa 180 Mrd. Euro weitergegeben werden. Mehr als doppelt so viel, wie noch Anfang der Neun-

ziger. Selbst die linker Ideologie unverdächtige OECD empfiehlt eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, da große Vermögen hierzulande kaum noch belastet werden. Wird außerdem berücksichtigt, dass Brutto- Unternehmens- und Vermögenseinkommen zwischen 2000 und 2007 um 42,7 % gewachsen sind, dem gegenüber steht ein Anstieg der Arbeitnehmerbruttoentgelte um lediglich 10,8 %, dann erscheint eine größere Verteilungsgerechtigkeit die logische Konsequenz dieser Entwicklung zu sein.

Was die Politik plant

Im Kern legt der Gesetzentwurf fest, dass die Erhöhung der Freibeträge für Ehegatten, Kinder und Enkel, den Übergang des privat genutzten Wohneigentums auch zukünftig im Regelfall ohne zusätzliche Belastung sicherstellt. Das Erben eines normalen Einfamilienhauses bleibt damit weiterhin steuerfrei. Die Diskriminierung der eingetragenen Lebenspartnerschaften beim Erbschaftssteuerrecht soll abgeschafft werden. Vorgesehen ist der gleiche Freibetrag wie bei Ehepaaren.

Erbschaftsteuer: Starke Schultern müssen mehr tragen.



Der schwierige Teil ist die Behandlung des Betriebsvermögens. Die Änderung sieht ein so genanntes Abschmelzmodell vor, wonach 85 % der Vermögenswerte eines Betriebes freigestellt werden, sofern 70 % der Lohnsumme über 10 Jahre erhalten bleiben und der Betrieb 15 Jahre fortgeführt wird. Diese Begünstigung wird mit dem Argument gerechtfertigt, damit Arbeitsplätze zu erhalten. Dadurch beträgt die Erbschaftssteuer auf das Betriebsvermögen maximal 4,5 %, wenn das Unternehmen nach 15 Jahren fortgeführt wird. Im Gegensatz zum

Spitzensteuersatz von 30 % bei Privatvermögen, wird damit Betriebsvermögen mit einem Steuersatz von 4,5 % deutlich besser gestellt.

Insgesamt beabsichtigt die Reform ein verfassungskonformes Erbschaftssteuerrecht, das Einnahmen in Höhe des bisherigen Niveaus von 4 Mrd. Euro vorsieht.

Die Kritik, der Konflikt

Selbst diese unternehmensfreundliche Regelung wollte die Union vom Tisch wischen und am liebsten die Erbschaftssteuer komplett abschaffen. Unterstützt wird die CDU dabei von Wirtschaftsverbänden, die sich hinter fadenscheinigen Argumenten bei ihrer Kritik verstecken (z. B. das Abschmelzmodell sei zu bürokratisch), und nur das Ziel verfolgen, sich noch weiter aus der gesellschaftlichen Verantwortung für die Finanzierung der staatlichen Aufgaben durch Steuern zu verabschieden. Ein unerträgliches Zusammenspiel auf, im wahrsten Sinne des Wortes, Kosten der Allgemeinheit. Die CDU muss sich in dieser Sache die Frage gefallen lassen, warum sie Klientelpolitik für reiche Unternehmen betreibt und damit Steuereinnahmen der Länder gefährdet, die dringend für Kinderbetreuung und Bildung gebraucht werden. Schließlich kommt die Erbschaftssteuer allein den Bundesländern zu gute.

Fazit

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Reform des Erbschaftssteuer- Bewertungsrechts ist nicht der große Wurf, sorgt aber zumindest für die Stabilisierung der Einnahmen aus der Erbschaftssteuer und bringt verfassungsgemäße Regelungen. Es ist ein Koalitionskompromiss, bei dem die SPD sich bereits gewaltig streckt und eine weitere Privilegierung der Unterneh-

men, wie von der CDU gefordert, nicht akzeptieren darf. Das Ziel der SPD muss eine stärkere Belastung großer privater Erbschaften sein, um dadurch eine größere und notwendige Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen. Das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer muss sich deutlich erhöhen! Die aktuellen Mehrheitsverhältnisse lassen leider keine gerechtere Reform der Erbschaftssteuer zu. Der Weg ist das Ziel. Im Bundestagswahlkampf 2009 sind wir als SPD gefordert, die Verteilungsgerechtigkeit zu thematisieren und (nicht nur) die Union damit in der politischen Auseinandersetzung zu treiben. Die Gerechtigkeitsfrage dürfte ein zentraler Schlüssel sein, um verloren gegangenes Vertrauen bei den Menschen zurück zu gewinnen. Und außerdem gilt es, sozialdemokratische Programmatik und Beschlüsse endlich mit Leben zu erfüllen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Herbst 2007 vereitelte der SPD-Parteirat den Plan, den Gesetzesentwurf der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen zur Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes ("Eigentumssicherungsmodell") noch v o r dem Hamburger SPD Parteitag im Bundestag zu verabschieden.

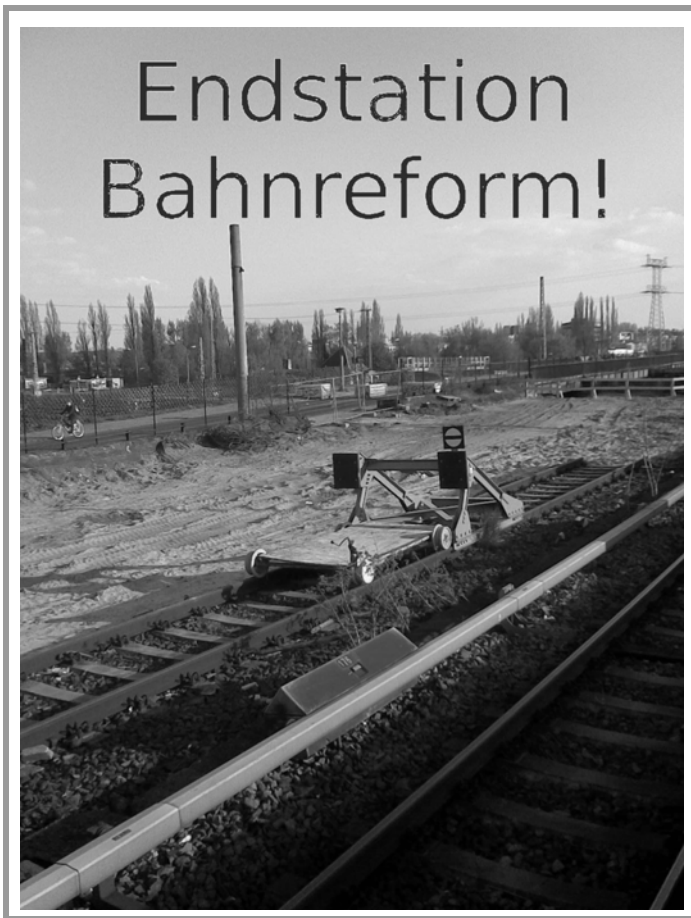
Der Parteitag

Der SPD-Parteitag in Hamburg beschloss am 27.10.2007 mit überwältigender Mehrheit:

"Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wollen wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen." (SPD-Grundsatzprogramm S. 32) An dieser Debatte

haben wir uns als Berliner GenossInnen bereits im Vorfeld beteiligt.

Auf die Bahn bezogen beschloss der Parteitag *"Private Investoren dürfen keinen Einfluss auf die Unternehmensführung ausüben. Zur Erreichung dieses Ziels stellt die stimmrechtslose Vorzugsaktie die geeignete Form dar ... eine andere Beteiligung privater Investoren lehnen wir ab."* (SPD-Parteitag 2007, Initiativantrag 6: "Für eine Bahn mit Zukunft", Beschlussübersicht Nr. 45 Ziff. 3) Dieses Modell wurde vom Landesverband Berlin ins Spiel gebracht. Man wollte nicht ganz als Blockierer erscheinen. Ich hielt das schon damals für eine riskante Strategie. Die Position unseres Genossen Peter Conradi die Privatisierung ganz abzulehnen war da viel eindeutiger. Weiter hieß es im Beschluss:



"Es darf keine Zerschlagung der Bahn geben. Wir erhalten den integrierten Konzern Deutsche Bahn AG und damit auch den konzernin-

ternen Arbeitsmarkt. Die 230.000 bei der Bahn beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich auf die SPD verlassen." (aaO Ziff. 2)

Auf Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck beschloss der Parteitag zum Verfahren: *"Sollte dieses Modell der stimmrechtslosen Vorzugsaktien nicht durchgesetzt werden können, dann beauftragt der Parteitag den neugewählten Parteivorstand nach Beteiligung des Parteirates, der Landes- und Bezirksvorsitzenden sowie der Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzpolitiker des Bundes und der Länder jedwede Lösung zu beurteilen. Der Parteivorstand wird auch*

im Licht der Debatten auf dem Hamburger Parteitag urteilen und diese dem nächsten Parteitag zur Entscheidung übertragen." (aaO Ziff. 3).

Das Privatisierungsmodell

Nun liegt die Empfehlung der SPD-Arbeitsgruppe "Bahnreform" vor: In einer Holding AG sollen eine zu 100 Prozent bundeseigene Tochtergesellschaft für die Bahn-Infrastruktur (Netz, Station) und eine zu 24,9 Prozent an private Investoren verkaufte Tochtergesellschaft VuL AG (Verkehr und Logistik) zusammengefasst werden. Die grundgesetzliche Pflicht zur Daseinsvorsorge und die Struktur der Holding AG sollen in einem Beteiligungsvertrag zwischen Bund und DB AG verankert werden, der Bundesanteil von 75,1 Prozent der VuL AG-Aktien außerdem in einem Tarifvertrag.

Dieses Holding-Modell widerspricht den Forderungen des SPD-Parteitags:

- Das Holding-Modell sieht die Ausgabe stimmberechtigter Aktien an private Investoren vor und würde diesen damit Einfluss nicht nur auf die Unternehmensführung der Tochtergesell

schaft VuL AG, sondern auch der geplanten Gesamt-Holding einräumen. Der Bund könnte als Mehrheitsaktionär seiner Pflicht nicht nachkommen, dem Wohl der Allgemeinheit und ihren Verkehrsbedürfnissen entsprechende Verkehrsangebote zu gewährleisten (Art 87e

Abs 4 GG). Eine ökologisch und energiepolitisch orientierte Verkehrspolitik lässt sich im Personen- und Güterverkehr der Bahn angesichts des Risikos von Gewinnwarnungen und Kursverlusten nicht gegen eine Minderheit privater Investoren durchsetzen. Der Bund als Eigentümer wäre qua Gesetz verpflichtet keine die (Aktien-) Gesellschaft nachteilige Entscheidungen zu treffen. Fachleute sagen voraus, dass mit der Teilprivatisierung der Tochtergesellschaft VuL AG massive Streichungen im ICE-/IC-Verkehr der DB AG zu erwarten seien; zahlreiche Städte hätten dann keinen ICE-/IC Anschluss mehr (*KCW-Gutachten vom 7.04.2008*). Erinnern wir uns, dass mit Amtsantritt von Herrn Mehdorn die Interregiozüge abgeschafft wurden, eine Tatsache unter der bereits jetzt viele kleinere Städte massiv leiden. Ich möchte auch die damals im gleichen Zuge eingeführte Neu-Regelung der Fahrpreise erinnern. Dies führte zu einem Rückgang der Fahrgastzahlen von bis zu einem Drittel. Diese Fahrgäste stiegen auf Autos und Billigflieger um, sofern sie dazu finanziell in der Lage waren. Nur durch das Einschreiten der Bundesregierung konnte die Bahn dazu gebracht werden dies weitgehend - allerdings auf einem höheren Preisniveau - zurückzunehmen.

- Die vorgeschlagenen Beteiligungs- und Tarifverträge geben keine Sicherheit, weil sie von der Bundesregierung und der DBAG jederzeit geändert werden können. Eine tarifvertragliche Beschränkung privater Investoren auf 24,9 Prozent der Aktien der VuL AG ist Augenwischerei, weil dieser Anteil später durch Vertragsänderung auf 49,9 oder 100 Prozent erhöht werden

könnte. Dies wird durch eine entsprechende Erklärung bestätigt und begrüßt. Hier fragt man sich wessen Parteitagsbeschlüsse unsere Minister eigentlich umsetzen.

- Damit ist das Holding-Modell der Einstieg in die Privatisierung des Eisenbahnverkehrs und die Zerschlagung des integrierten Bahnkonzerns. Bei einer Anhörung im Bundestag am 09.04.2008 erklärte eine Mehrheit der Wirtschaftsverbände, das Holding-Modell sei der "geeignete Einstieg in die Vollprivatisierung und die Trennung von Netz und Betrieb" (Pressemitteilung FDP- Bundestagsfraktion vom 09.04.2008).

Die Investitionslüge

Gerne wird als Grund für die Privatisierung die notwendige Sanierung und der Ausbau des Schienennetzes genannt. Dies ist schlicht und ergreifend von A bis Z erlogen. Die Bahn verfügt über ausreichend Geld, doch sie investiert es zweckentfremdet. Sie verstößt bereits seit Jahren gegen ihren öffentlichen Auftrag der Daseinsfürsorge. Kaum war der neue Tarifvertrag mit der GDL ausgehandelt erklärte Die Bahn, dass sie die private britische Eisenbahngesellschaft Laing Rail übernimmt. Das hat nichts mit Daseinsfürsorge in diesem Land zu tun und auch nicht mit notwendigen Investitionen ins hiesige Schienennetz. Mit dem Kauf verfügt die Bahn künftig in Großbritannien über die regionale Chiltern Railways sowie jeweils 50 Prozent der Anteile an den Gesellschaften WSMR und Lorol. Die Firmen werden künftig von London aus geführt, aber dem deutschen Regionalverkehr der Bahn mit Sitz in Berlin eingegliedert. „Der Kaufpreis für Laing Rail liegt bei 170 Millionen Euro, wie die britische Zeitung „Financial Times“ berichtete. Dafür wird das Geld benötigt.

- Nicht nur, dass die Privatisierungseinnahmen dem hiesigen Bahnverkehr nicht nützen. Die Kosten für die notwendigen Investitionen tragen weiterhin wir Bahnkunden und vor allem wir SteuerzahlerInnen. Die Privatisierung ist für Investoren eine relativ sichere Anlage, da die öffentliche Hand jährlich und noch auf viele Jahre auf Bundesebene mehrere Mrd. € für Leistungen/ Investitionen zahlt und die Länder Regionalisierungsmittel in Höhe von ca. 13,5 Mrd. € pro Jahr an die Bahn zahlen (davon gehen ca. 2/3 an die dann private DB Regio). Da kaufen sich die Spekulanten günstig eine Kuh zum melken.

Was zählt noch ein Parteitag oder „Mehr Demokratie wagen“

Und damit stellen sich gleich mehrere Fragen. Zum einen sind es personelle Fragen. Darf ein stellvertretender Parteivorsitzender wie Peer Steinbrück einen demokratischen Parteitagsbeschluss einfach konsequent missachten und kurz nachdem Parteitag solch ein Holdingmodell (zuerst noch in der 49% Variante) vorschlagen oder muss eine solch schamlose Missachtung unserer demokratischen Prinzipien nicht zum Rücktritt führen. (Nebenbei sei auch daran erinnert wie er öffentlich Kurt Beck angegriffen hat, als dieser sich aus Krankheitsgründen nicht wehren konnte.) Dies gilt in vergleichbarer Weise für den Bundesverkehrsminister Tiefensee, auch wenn dieser keine solch herausgehobene Funktion innerhalb der SPD wahrnimmt. Grundsätzlicher Natur ist allerdings die Frage die bereits Bert Brecht uns mit auf den Weg gegeben hat, uns stets zu fragen "wem das nützt". Es nützt dem Staat als Institution nichts. Auch die BahnfahrerInnen, also die KundInnen, haben davon keinen Nutzen. Wie das für die KundInnen aussieht kann man sich übrigens in England angucken. Das habe ich selbst erfahren dürfen. Es ist die Kombination aus überhöhten

Preisen und schlechtem Service bei eingeschränkter Mobilität.

Doch weiter mit den Fragen von grundsätzlichem Belang. Wenn der Staat bei privatisierten Betrieben seinen Einfluss verliert, hat dies nicht nur finanzielle Auswirkungen. Der staatliche Apparat wird von demokratisch gewählten VertreterInnen kontrolliert. Da wo der Staat sich zurückzieht verlieren diese und damit auch der Souverän - wir Wählerinnen und Wähler - unseren demokratischen Einfluss. Das heißt es gibt weniger Demokratie. Nun kann man sagen, dass man nicht überall demokratische Kontrolle braucht. Die Idee staatlicher Dönerbuden ist eher belustigend als sinnvoll. Doch bei Infrastrukturleistungen sieht das schon ganz anders aus. Ich kann mein Wasser nur von den Berliner Wasserwerken beziehen obwohl es hier teurer ist als anderswo. Und ich kann auch auf Wasser nicht einfach verzichten wie vielleicht auf einen Döner. Hier bin ich auf die demokratische Kontrolle einer Infrastruktur angewiesen. Daher müssen wir genau definieren wie viel Staat und damit wie viel Demokratie wir brauchen. Die so genannten Neo-Liberalen haben diese Frage bereits für sich entschieden – und zwar möglichst wenig. Und sie setzen ihr Ding gerade überall durch, auch in unserer Partei (siehe Steinbrück und Tiefensee). Ich jedoch möchte mich an die Zeiten erinnern, in denen unsere Partei stark war und von einer Mehrheit in der Bevölkerung getragen wurde, die Zeit von Willi Brandt. Sein Motto lautete „mehr Demokratie wagen“. Mein Fazit als Sozialdemokrat hat zwei Teile. Erstens: Nein zur Bahnprivatisierung egal durch welches Modell. Der Beschluss Kurt Beck nicht in den Rücken zu fallen ist nachvollziehbar, aber sachlich und unter dem Aspekt der innerparteilichen Demokratie falsch. Zweitens, dass wir wieder um die Frage der Demokratie ringen müssen. Es ist Zeit uns als einfache Menschen und im Besonderen als So

zialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen gestaltungsfähigen, sprich demokratischen Staat wieder zurückzuerobern müssen, auch gegen massive innerparteiliche Widerstände. Dann werden wir auch wieder große Mehrheiten bei Wahlen auf uns vereinen können. Die Frage nach der Teilhabe aller sollte sich wie ein roter Leitfaden durch unsere zukünftige Politik ziehen. Alles andere ist daran zu messen.

Uwe Ostendorff

Desaster und Hoffnung.

- Afghanistan und Pakistan aus westlicher Perspektive -

Von Daniel Bussenius

„Das Afghanistan-Desaster“ und „Gewalt im Bundeswehr-Gebiet nimmt drastisch zu“, so lauten die Überschriften jüngster Presseartikel zu Afghanistan (SZ, 26. März, Titelseite; Spiegel Online, 12. April). Dabei hat die deutsche Presse lange sehr wohlwollend, um nicht zu sagen beschönigend über die Lage in Afghanistan berichtet, gilt die deutsche Beteiligung am – wie man in Deutschland sagt – „Wiederaufbau“, d. h. dem „guten“ Krieg in Afghanistan doch als Gegenstück zum deutschen Nein zum „falschen“ Krieg im Irak. Dieser Beitrag wird im Folgenden die Lage in Afghanistan skizzieren, dann auf jüngste hoffnungsvolle Entwicklungen im Nachbarstaat Pakistan eingehen, um schließlich nach den Handlungsoptionen für den Westen, die Europäer und die Deutschen zu fragen.

Bekanntlich sind die Amerikaner und ihre Koalition der Willigen und in deren Gefolge dann auch die NATO in Afghanistan wegen der Anschläge vom 11. September 2001 militärisch interveniert. Seitdem stehen die erklärten Ziele

des Westens in Afghanistan und die eingesetzten Ressourcen in einem atemberaubenden Gegensatz. Der Westen will in Afghanistan: erstens Terroristen jagen, zweitens einen demokratischen Staat etablieren – wobei der zu demokratisierende Staat eigentlich erst recht geschaffen werden muss –, drittens elementare Rechte der Frauen durchsetzen, was zumindest für Teile Afghanistans auf einen grundlegenden Kulturwandel hinausläuft, und viertens den Drogenanbau im führenden Opiumanbauland der Welt – inzwischen über 90 % (!) der Weltproduktion – bekämpfen, was nicht weniger bedeutet, als Afghanistan die einzige nennenswerte Deviseneinnahmequelle neben den ausländischen Hilfsgeldern zu nehmen.



Kurt Beck und Präsident Karzai

Dafür setzt der Westen im Rahmen des amerikanisch geführten Einsatzes „Enduring Freedom“ und der NATO-Mission „Isaf“ inzwischen ein bisschen über 50.000 Soldaten ein (Ende 2006 waren es noch lediglich gut 40.000 etwa die Hälfte davon stellen die USA, die andere Hälfte die NATO-Partner. Das sind weit weniger Truppen als im Irak; dabei ist die Bevölkerung Afghanistans nicht kleiner, sondern mit 32 Millionen Menschen etwas größer als die des Iraks mit 27 Millionen.); Erklären lässt sich das halbherzige Engagement des Westens leicht:

Bock auf Mai ? Maibock !



Herrentag & Maifeiertag bieten den passenden Rahmen, dieses besondere Saisonbier anzustechen.

Los gehts am Donnerstag, 1. Mai ab 17 Uhr.

Komm lieber Mai und mache, die Bäume wieder grün,
und lass den Maibock springen,
auf des Weddings Trift. Der Brauer hat erschaffen, ´nen kräftigen,
gold´nen Saft,
der schenkt nach Eiseswinter, Dir wieder Frühlingskraft.

täglich ab 17 Uhr frisch vom Zapfhahn gibts schmackhafte Bierspezialitäten in der

Brauerei Eschenbräu
Trifstraße 67
13 353 Berlin - Wedding

www.eschenbraeu.de

In derselben Zeit unmittelbar nach dem 11. September, als die ersten CIA-Voraustrupps in Afghanistan abgesetzt wurden und das Bombardement der Taliban begann, fing man in Washington bereits an, den Irakkrieg zu planen. Die ungeheuren militärischen und finanziellen Mittel, die der Irakkrieg kostete und kostet, fehlten und fehlen in Afghanistan.

Hinzu kam noch, dass Bush, Rumsfeld und Rice dem, was in Afghanistan neben oder vielleicht an vorderster Stelle noch vor der Terroristenjagd erforderlich ist, nämlich Staatsaufbau, von Anfang an – wie es sich für gute Marktradikale vielleicht ja auch gehört – mit unverhohlener Verachtung gegenüber standen. Im Präsidentschaftswahlkampf 2000 hatten die Genannten dem scheidenden Präsidenten Clinton für den Einsatz des US-Militärs für humanitäre und staatsbildende Missionen scharf kritisiert. Von Rice ist aus dieser Zeit der Ausspruch überliefert, Soldaten der 82. Airborne Division seien nicht dafür da, Kinder auf dem Weg in den Kindergarten zu begleiten.

Die Europäer konnten das mangelnde militärische Engagement der Amerikaner kaum kompensieren. Das galt insbesondere für Deutschland, und zwar sowohl mental – man erinnere sich an die langen Debatten in den 90er Jahren, die einer deutsche Beteiligung an den Militäreinsätzen auf dem Balkan, im südöstlichen Europa, vorausgingen – als auch militärisch. War doch die Bundeswehr im Kalten Krieg ganz darauf zugeschnitten gewesen, die große Panzerschlacht in der norddeutschen Tiefebene gegen den Warschauer Pakt zu schlagen, und nicht auf Interventionen in irgendwelchen entfernten Winkeln dieser Welt. Angesichts der Kosten der deutschen Einheit und des Endes des Kalten Krieges hatte die Bundesrepublik in den 90er Jahren dann durchaus folgerichtig die „Friedensdividende“ stark in Anspruch genommen

und, berücksichtigt man die Inflation, den Verteidigungshaushalt massiv zurückgefahren.



Beck besucht Bundeswehr in Afghanistan

Heute, gut sechseinhalb Jahre nach dem Beginn der westlichen Intervention in Afghanistan, die somit schon länger andauert als der Zweite Weltkrieg, sieht die Lage insgesamt, auch wenn es einzelne Erfolge gibt, düster aus. In den Jahren 2006 und 2007 ist es den Taliban gelungen – gewichtige Stimmen behaupten mit Unterstützung des mächtigen pakistanischen Militärgeheimdienstes ISI, obschon Pakistan offiziell seit 2001 als Verbündeter Amerikas im Kampf gegen den Terrorismus firmiert –, ihre Aktivitäten in Afghanistan erheblich zu steigern. Es hat daher im Vergleich zu den Vorjahren ein Vielfaches an Anschlägen, Kämpfen und Toten gegeben; dabei importieren die Taliban auch neue militärische Techniken der Aufständischen im Irak. Die Zentralregierung unter Präsident Karzai kontrolliert allenfalls ein Drittel des afghanischen Territoriums.

Sehr ernstzunehmende westliche Beobachter geben das Engagement der Amerikaner und Europäer in Afghanistan bereits mehr oder weniger verloren. So der berühmte amerikanische investigative Journalist Seymour Hersh, der u. a. den Abu-Ghraib-Folterskandal publik gemacht hat, unter Berufung auf seine Quellen

im amerikanischen Militär und den Geheimdiensten und der sozialdemokratische Außenpolitiker Egon Bahr, der, wolle man die selbstgesteckten Ziele erreichen, den Einsatz von nicht weniger als 200.000 westlichen Soldaten in Afghanistan für erforderlich hält. Helmut Schmidt hat vor ein paar Monaten im *Spiegel*-Interview erklärt, unter ihm als Bundeskanzler hätte sich Deutschland nicht mit Truppen am Krieg in Afghanistan beteiligt – unabhängig davon, ob man das glaubt oder nicht, lässt diese Aussage wenig Zweifel an Schmidts Lageeinschätzung.

Im Vergleich zur miserablen Lage in Afghanistan bieten die jüngsten Entwicklungen im großen Nachbarland Pakistan Anlass zur Hoffnung. Dabei ist die Lage in Afghanistan auf das engste mit der Entwicklung in Pakistan verknüpft. Inzwischen weitgehend bekannt ist, dass die Paschtunen, aus denen sich die afghanischen Taliban rekrutieren und die in Afghanistan die größte Bevölkerungsgruppe bilden, zu beiden Seiten der afghanisch-pakistanischen Grenze leben und dass die pakistanische Seite der Grenze den Taliban im Kampf gegen die westlichen Truppen in Afghanistan als weitgehend sichere Basis dient. Weit weniger bekannt ist, dass Pakistan für die Amerikaner auch deshalb von herausgehobener Bedeutung ist, weil 75 % des Nachschubs der amerikanischen Truppen in Afghanistan auf dem Landweg von der pakistanischen Hafenstadt Karatschi durch Pakistan nach Afghanistan geliefert werden. (Diese amerikanische Abhängigkeit von Pakistan könnte sich in Zukunft verringern, weil Russland gerade auf dem NATO-Gipfel in Bukarest zugesagt hat, sein Territorium für die Versorgung der westlichen Truppen in Afghanistan mit sogenannten nicht-tödlichen Gütern auf dem Landweg zu öffnen.)

Für den Leser der westlichen Presse kommen die jüngsten positiven Entwicklungen in Pakis-

tan eher überraschend (den Autor dieses Beitrags eingeschlossen), wurde Pakistan mit der Kombination aus politischer Instabilität, radikalem Islamismus und Atomwaffen in diesen Medien in den letzten Jahren doch überlicherweise als das „gefährlichste Land der Welt“ bezeichnet. Ein neuer Tiefpunkt der Entwicklung in Pakistan war Ende 2007 erreicht, als kurz vor Jahresende die wenige Monate zuvor aus dem Exil zurückgekehrte Oppositionsführerin Benazir Bhutto im Wahlkampf in der Garnisonsstadt Rawalpindi, dem Herz des pakistanischen Militärapparats, einem Attentat zum Opfer fiel. Schon in der ersten Jahreshälfte 2007 hatten Religionschüler von der Roten Moschee aus mitten in der Hauptstadt Islamabad die Umgebung mit ihrem Unternehmen terrorisiert, ihre Interpretation der Gebote der Scharia gewaltsam durchzusetzen. Diese Krise endete Anfang Juli mit der blutigen Stürmung des Komplexes der Roten Moschee durch das pakistanische Militär. In den folgenden Monaten überzogen die Islamisten das Land mit einer Welle von 60 Selbstmordattentaten, die 770 Tote und fast 1600 Verletzte zurückließ.

Der pakistanische Hoffnungsschimmer besteht nach dem katastrophalen Jahr 2007 nun darin, dass trotz der Gewaltwelle und der Ermordung Bhuttos im Februar 2008 Wahlen stattfanden, die von den internationalen Beobachtern als weitgehend frei und fair eingestuft worden sind. Zwar war die Wahlbeteiligung niedrig, doch erscheint das angesichts der nicht unbegründeten Angst vor Selbstmordattentaten nicht unverständlich. Das überaus erfreuliche Ergebnis dieser Wahlen ist der Sieg der liberalen Parteien der Mitte, die für eine moderate und säkulare Demokratie eintreten und sowohl den Einfluss der radikalen Mullahs als auch den politischen Einfluss des Militärs ablehnen. Verlierer der Wahl sind die radikalen Islamisten, die von ihren 56 Parlamentssitzen alle bis auf 5



verloren, und die Anhänger von Präsident Musharraf, der das Land seit seinem Coup in den letzten acht Jahren als Militärdiktator regiert hat.

Eine genauere Wahlanalyse liefert noch mehr Anlass zur Freude. Ins Parlament ziehen jetzt viele Vertreter der urbanen Mittelklasse statt des reaktionären feudalen Großgrundbesitzes ein. Diese Entwicklung ist schwerlich zu überschätzen, weil in Pakistan neben dem Militär, das auch große Teile der Wirtschaft des Landes kontrolliert, der politische und soziale Einfluss des Großgrundbesitzes – eine Landreform hat es nie gegeben – als wichtigstes strukturelles Hindernis für eine wirkliche Demokratie gilt. Der Einzug der Mittelschicht ins Parlament ist vor dem Hintergrund starken wirtschaftlichen Wachstums in den Jahren 2002 bis 2006, durchaus dem indischen vergleichbar, zu sehen. Für die Entwicklung in Afghanistan besonders wichtig ist, dass die Islamisten auch in den Grenzprovinzen zu Afghanistan, wo sie seit 2002 die Provinzregierungen stellten, massiv an Stimmen verloren haben und in der „Nord-Westlichen Grenzprovinz“ in Zukunft nicht mehr regieren werden. Dies läuft auf eine empfindliche Beeinträchtigung der Operationsbasis der Taliban auf der pakistanischen Seite der Grenze hinaus.

Indisches Restaurant.Cafe.Bar.

Ruchita

Torfstrasse, (Ecke Kiautschoustr. 12a)

13353 Berlin. Tel: (030) 417 29 813

Mobile : 01721620997

Opening time everyday 12.00-24.00 Uhr

Jedem Sonntag grosse Büffe 12.00-17.00

www.ruchita.de

Jeden Sonntag 12-17:00 Uhr

große Buffet 5,90€

Ein weiterer möglicher Anlass zur Hoffnung hat nichts mit den Wahlen zu tun, sondern mit der Gewaltwelle nach der Stürmung der Roten Moschee. Bei ihrem Rachefeldzug haben die Islamisten wahrscheinlich eine „rote Linie“ überschritten, indem sie auch Selbstmordattentate gegen Installationen der Armee und im November auch gegen das Hauptquartier des ISI in Islamabad verübt haben. Es gibt jedenfalls Beobachter, die glauben, dass jetzt den dickköpfigsten Unterstützern der Taliban im pakistanischen Militär und im ISI klar geworden sein muss, dass sie mit den Taliban ein Monster gezüchtet haben, das außer Kontrolle geraten ist und schnellst möglich zur Strecke gebracht werden muss oder zumindest nicht länger unterstützt werden darf. Ursprünglich sind die Taliban nämlich ein Geschöpf des ISI; die Pakistaner wollten auf diesem Wege eine pakistanfreundliche Regierung in Afghanistan installieren. Außerdem haben sich die pakistanischen Sicherheitsbehörden bislang der radikalen Islamisten als Stellvertreter bedient, um gegen die indische Herrschaft in Kaschmir zu kämpfen.

Was sollen der Westen, die Europäer, die Deutschen vor diesem Hintergrund in Afghanistan und mit Blick auf Pakistan tun? Auch Skeptiker im Hinblick auf den Militäreinsatz in Afghanistan wie Egon Bahr fordern keinen einseitigen deutschen Abzug, sondern zunächst einmal eine ehrliche Analyse der Lage durch die NATO. Eine solche hat auch auf dem jüngsten NATO-Gipfel in Bukarest nicht stattgefunden, und sie wird es erst geben – wenn überhaupt –, wenn ein neuer amerikanischer Präsident im Weißen Haus regiert. Deutschland droht allerdings nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl wegen seiner Weigerung, die deutschen Truppen auch in den Kampfzonen im Süden und Osten Afghanistans einzusetzen, massiv unter Druck zu geraten. Nicht zu Unrecht, weil aus



Sicht der Amerikaner, Briten, Kanadier und Niederländer tatsächlich schwer nachvollziehbar ist, warum sie kämpfen sollen, während die Bundeswehr im relativ ruhigen Norden bleibt.

Die deutsche Position in der NATO ist mit dieser Haltung schon jetzt viel schwieriger geworden, um nicht zu sagen: unhaltbar, weil Frankreichs Präsident Sarkozy auf dem NATO-Gipfel in Bukarest zugesagt hat, 700 französische Soldaten in den umkämpften Osten Afghanistans zu schicken. Zugleich verstärkt Großbritannien als Ausgleich gegenüber Amerika für seinen Rückzug aus dem Irak sein ohnehin schon erhebliches Engagement in Afghanistan. Den Parteien der großen Koalition droht im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 folglich eine höchst unangenehme Situation, insbesondere der SPD, der Lafontaine und die Linkspartei, die den Rückzug aus Afghanistan fordern, im Nacken sitzen. Ein solches Szenario ist wahrscheinlich, egal wer den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf gewinnt. Unter einem demokratischen Präsidenten dürfte der Druck sogar eher stärker als schwächer ausfallen, weil sowohl Obama als auch Clinton im Gegensatz zu McCain einen raschen amerikanischen Rückzug aus dem Irak angekündigt haben, wodurch mehr amerikanische Truppen für Afghanistan zur Verfügung stehen würden. Dass die Amerikaner dann auch ein verstärktes Engagement der Europäer einfordern werden, liegt auf der Hand. Sowohl Obama als auch Clinton lassen keinen Zweifel, dass sie den Krieg in Afghanistan als „good war“ betrachten, der gewonnen werden muss.

Bei der Neubestimmung der Afghanistan- und Pakistanpolitik nach der amerikanischen Wahl wird nach der gegenwärtigen Lage der Dinge der deutsche Einfluss sehr, sehr begrenzt sein. Zur Weigerung, Truppen in den Süden und Osten zu schicken, kommt noch hinzu, dass der unter deutscher Federführung betriebene Auf-

bau der afghanischen Polizei ebenfalls kein Ruhmesblatt ist. Deutschland wird also in einer denkbar schlechten Position sein, die amerikanische Militärstrategie im Süden und Osten Afghanistans, die zu viele zivile Opfer in Kauf nimmt, zu kritisieren. Gleichgültig wie die Kursbestimmung in der Afghanistan- und Pakistanpolitik nach der amerikanischen Wahl ausfallen wird, ein Rückzug dürfte für Deutschland wahrscheinlich keine Option sein, wie pessimistisch man die Lage in Afghanistan auch einschätzt, da es schwer vorstellbar und wohl auch nicht wünschenswert ist, dass Deutschland sich einseitig und nicht gemeinsam mit den anderen Europäern oder zumindest gemeinsam mit Frankreich und Italien aus Afghanistan zurückzieht.

Der deutsche Einfluss wird gering sein. Was sind nun die Perspektiven der amerikanischen Afghanistan- und Pakistanpolitik? Die Chancen, dass es eine Verhandlungslösung für Afghanistan mit den Taliban geben wird, stehen wohl schlecht bis sehr schlecht. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang daran, wie der SPD-Vorsitzende Kurt Beck von Teilen der deutschen Presse regelrecht verdroschen wurde, als er auf seiner Afghanistan-Reise im April 2007 gefordert hatte, mit „gemäßigten Taliban“ zu verhandeln. Eine Verhandlungslösung, wie sie der afghanische Präsident Karzai schon seit 2002 anstrebt, aber gegenüber den Amerikanern nicht durchsetzen kann, erscheint zumindest aus dem folgenden Grund unwahrscheinlich. Der Anführer der Taliban Mullah Omar ist wohl immer noch zu einflussreich, als das man ihn umgehen und nur mit Teilen der Taliban verhandeln könnte.



Beck legt den Grundstein für eine neue Mädchenschule in Kunduz

Dass Amerika aber Verhandlungen mit Omar zustimmt, muss man bezweifeln, da jeder Präsident damit ein sehr hohes innenpolitisches Risiko eingehen würde. Omar war als Anführer der Taliban der Gastgeber von Osama bin Laden und al-Qaida in Afghanistan zum Zeitpunkt von 9/11. Amerika hat auf ihn ein Kopfgeld in Höhe von 10 Millionen Dollar ausgesetzt. Allerdings hat die neue pakistanische Regierung gerade bekanntgegeben, dass sie eine Verhandlungslösung mit den Islamisten im eigenen Land suchen will. Die derzeitige amerikanische Politik ist hier nicht ganz eindeutig. Einerseits übt Amerika offenbar massiven Druck auf Pakistan aus, um die Erlaubnis zu bekommen, vermehrt die CIA und Sondereinheiten des US-Militärs im pakistanischen Grenzgebiet gegen Taliban und al-Qaida einsetzen zu dürfen, auch weil man nur so glaubt, den Krieg in Afghanistan gewinnen zu können, andererseits gab es im vergangenen Herbst Berichte über Verhandlungen zwischen Amerikanern, Pakistanern und Taliban.

Dennoch erscheint selbst bei einem Präsidenten Obama, der sich von seinen Konkurrenten dadurch abhebt, dass er ausdrücklich erklärt, ohne Vorbedingungen – um es im Sprachduktus von Bush zu sagen – „mit Mächten der Finsternis“ wie dem syrischen Präsidenten Assad

und dem iranischen Präsidenten Ahmadineschad verhandeln zu wollen, sehr zweifelhaft, ob dies auch für Mullah Omar gelten wird – man schaue nur auf die derzeitige Debatte im amerikanischen Wahlkampf um die Nahostreise des ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter, der angekündigt hat, mit hochrangigen Vertretern der Hamas sprechen zu wollen. Die laut deren Behauptung nicht verhandelbaren Forderungen der Taliban seien hier trotzdem erwähnt: ein Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan und eine größere Rolle des Islam in Staat und Gesellschaft, als es die nach der westlichen Intervention verabschiedete afghanische Verfassung vorsieht.

Scheidet eine Verhandlungslösung aus, dann bleibt nur die Perspektive, dass der Westen nach den Wahlen in Amerika sein Engagement in Afghanistan sowohl in militärischer als auch finanzieller Hinsicht massiv verstärken und zugleich im Hinblick auf Pakistan so zurückhaltend agieren wird, dass die neue demokratisch gewählte pakistanische Regierung nicht destabilisiert wird – letzteres wird ein höchst interessanter Testfall dafür werden, wie ernst es der Westen mit der Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens denn nun wirklich meint. Sollte allerdings der Republikaner McCain nächster amerikanischer Präsident werden, dann dürfte zumindest kurzfristig eine Steigerung der Truppenzahl in Afghanistan kaum möglich sein, da McCain einen Rückzug aus dem Irak kategorisch ablehnt. Auch darf man sich Hoffnungen machen, dass zumindest unter einem demokratischen Präsidenten die Politik im Hinblick auf den Opiumanbau in Afghanistan rationaler ausfallen wird. Richard Holbrooke, der Chefaußenpolitikberater von Hillary Clinton, hat vor einiger Zeit in einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche Zeitung* die Drogenbekämpfungspolitik der USA in Afghanistan in einer Schärfe gezeißelt, die nichts zu

wünschen übrig lässt – Präsident Bush bekennt sich, das musste man dem Artikel entnehmen, fröhlich als „sprayer“, d. h. als ein Anhänger der Bekämpfung des Drogenanbaus mittels giftverspritzender Flugzeuge.

Abschließend muss leider noch das folgende Szenario erwähnt werden: die Möglichkeit, dass Präsident Bush zur Krönung seiner außenpolitischen Bilanz den „wagnerianischen Abgang“ wählt, vor dem die britische Zeitschrift „Economist“ ihn gewarnt hat, indem er einen amerikanischen Luftangriff auf den Iran befiehlt oder den Israelis grünes Licht für einen solchen Angriff gibt. Im Dezember letzten Jahres schien die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Albtraum wahr wird, deutlich gemindert, als alle 16 amerikanischen Geheimdienste in einem überraschend publizierten hoch offiziellen Konsenspapier der Weltöffentlichkeit mitteilten, dass nach ihrer Einschätzung der Iran sein militärisches Atomprogramm im Jahr 2005 eingestellt habe (das es nach ihrer Einschätzung demnach bis zu diesem Zeitpunkt gegeben hatte). Damit hatten, so schien es, die Erwachsenen in der Bush-Administration, Verteidigungsminister Gates, die Geheimdienstler sowie Generale und Admirale, Bush, Cheney und den Neocons das Feuerzeug ein für alle mal weggenommen.

Inzwischen ist aber nach nur kurzer Amtszeit der amerikanische Militäroberbefehlshaber für den Nahen und Mittleren Osten, Admiral William Fallon, zurückgetreten, der auch dadurch Aufsehen erregt hatte, dass er einen möglichen Luftangriff auf den Iran als „strategischen Fehler“ bezeichnet hat – deutlicher kann sich ein General oder Admiral nicht ausdrücken. Der Rücktritt Fallons muss nichts heißen, beruhigend ist er aber eben nicht. Sollte es tatsächlich zu einem Luftangriff auf den Iran kommen, dann ist es zwar vermutlich wahrscheinlicher, dass der Iran sich entweder im Irak an Amerika

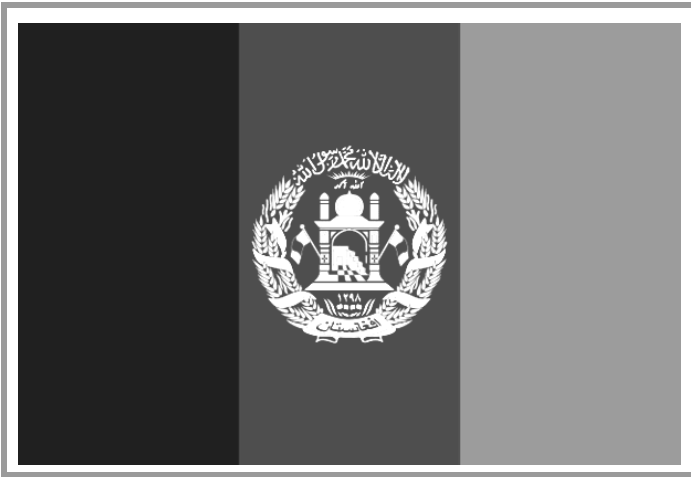
rächen wird oder auch über die schiitische Hisbollah im Libanon an Israel, aber ausschließen lässt es sich keineswegs, dass die Iraner dann auch versuchen würden, dem Westen die Mission im Nachbarland Afghanistan noch schwieriger zu machen, indem sie die Taliban aufrüsten, die als radikale Sunniten eigentlich alles andere als natürliche Verbündete des schiitischen Iran sind.

Den Menschen eine Chance geben

Von M. Hübner

Afghanistan ist ein Land mit, zugebener Maßen kriegereischer Vergangenheit. Hier Frieden zu schaffen ist keine leichte Aufgabe und jeder, der noch die Bilder des russischen Krieges im Kopf hat, sollte das auch gewusst haben. Unter wie man heute fast schon beteuert „anderen Umständen“ und dem Kredo der „uneingeschränkten Solidarität“ hat sich Deutschland im Jahr 2001 dem Mandat der ISAF-Truppen zum Schutz der brüchigen afghanischen Demokratie angeschlossen. Für die U.S.-Streitkräfte, die auch immer noch parallel zu den ISAF-Truppen innerhalb Afghanistans operieren, hatte dies schon immer einen eher militärischen Zweck.

Wir Deutschen haben uns im verhältnismäßig wohlgesinnten Norden des Landes jedoch offenbar der Illusion hingegeben, das Patrouillenfahrten und Wiederaufbauhilfe ausreichend ist, um das Vertrauen der Bevölkerung und damit im Grunde den Frieden zu sichern. Doch wie so oft in den letzten 30 Jahren ist Afghanistan nicht nur Schauplatz von Stammesfehden,



Afghanische Flagge

sondern auch von verschiedenen Großmächten, welche die Interessen der Einwohner entweder missbrauchen um ihre Position in der Region zu stärken oder gegen den Willen der Einwohner Kriege auf afghanischem Territorium führen.

In den Achtzigern führten die Russen gegen die von den Amerikanern unterstützten Al-Qaida Krieg, heute sind es die Amerikaner samt verbündeten gegen Al-Qaida und Sympathisanten in einem eher asymmetrischen Feldzug zugegangen. Auch wenn sich die Art der Kriegsführung geändert hat und ich sicher bin, dass die Einwohner in der Region nichts lieber möchten als Frieden, so werden wir diesen nicht dadurch gewährleisten, dass wir unsere Truppen aus der Region abziehen oder nicht bereit sind, für einen mittelfristigen Zeitraum auch unsere Truppen um Kampfverbände aufstocken.

Das Beispiel Irak und die von den Amerikanern innerhalb des letzten Jahres durchgeführte Aufstockung der Truppen zeigt durchaus, dass durch eine erhebliche Erhöhung der Präsenz der ausländischen Truppen mehr Sicherheit geschaffen werden kann und damit die Hauptprobleme der Iraker endlich auf die wirklichen Probleme gelenkt werden können – auf die Probleme der Verbesserung und Organisation des täglichen Lebens. Auch wenn die Lage im Norden von Afghanistan noch nicht so drama-

tisch ist wie im Irak in den Jahren 2006 und 2007, sollte man sich nicht in falscher Sicherheit wiegen.

Militärisches Handeln kann und darf aber nur den Rahmen für weiteres ziviles Engagement geben. Nur dort, wo Sicherheit herrscht, kann auch ein frei entfaltetes Leben stattfinden. Wir Europäer und Amerikaner müssen uns jedoch davon verabschieden – und dies ist in Teilen auch schon geschehen – dass die Wirklichkeit und die Denkweisen der Bevölkerung sich nach 25 Jahren Krieg und 10 Jahren Herrschaft der steinzeitlichen Taliban durch einen Feldzug und die Einsetzung einer westlich geprägten Regierung einfach ändern lassen. Man sollte den Menschen Zeit geben und man sollte die örtlichen Strukturen respektieren. Natürlich ist es so, dass ein Warlord mit eigener Miliz und einer ausgeprägten eigenen Meinung und Gerichtsbarkeit für eine Regierung wie die von Karzai permanent ein Risiko ist. Jedoch sollte man auf der Anderen Seite den Einfluss dieser Personen auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung der Provinzen nicht unterschätzen. Hier können durch unangemessenes Verhalten viele Erfolge erreicht oder zerstört werden. Eine Zusammenarbeit mit den lokalen Kräften kann natürlich nur dann stattfinden, wenn zivilisierte Verhaltensweisen im Umgang mit der örtlichen Bevölkerung bewiesen werden.

Die westlichen Truppen sollten jedoch nicht den Fehler der Russen vor 25 Jahren wiederholen und das Land wieder verlassen ohne der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, den Beweis dafür anzutreten, dass ein friedliches Leben der Volksstämme miteinander möglich ist. Die Voraussetzungen dafür müssen die westlichen Länder schaffen – einen voreiligen Rückzug des Militärs halte ich für halbherzig und ungerecht den Menschen gegenüber, die nicht einfach ihr Land verlassen können.

Warum Toleranz Scheiße ist.

Von Sebastian Trommsdorff

Ach was leben wir in einer tollen Welt: Die Gutmenschen suhlen sich im Multikultitraum und genießen wie tolerant sie doch sind. Dabei ist Toleranz entweder etwas wo man weg schaut oder aber etwas, das mitnichten Toleranz benötigt sondern Akzeptanz verdient. Tolerieren kann man am besten mit "(Er)dulden" ins deutsche übersetzen, und sofort fällt die inhaltliche Fehlkonstruktion ins Auge, die dem Wort Toleranz zu Grunde liegt. Wir sollten jeden akzeptieren der den gesellschaftlichen Grundkonsens unserer Gesellschaft anerkennt und respektiert. Dieser Grundkonsens ist meiner Ansicht nach das Grundgesetz sowie die deutsche Sprache als allgemeine Verkehrssprache. Aber zurück zur Toleranz:

Homosexualität. Ist das etwas an sich Falsches, das von unserer Gesellschaft toleriert werden muss? Ich meine Nein. Es ist zu akzeptieren, weil es nichts Falsches, Schlimmes oder sonst wie Negatives an sich hat sich am gleichen Geschlecht zu orientieren.

Brauchen wir eine Nachhaltige Ökonomie?

Fachtagung mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, Prof. Dr. Peter Hennicke, Prof. Dr. Holger Rogall

Am 6. Mai 2008, von 17.30 – 21.00 Uhr, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, Raum 404, Badensche Straße 50 – 51, 10825 Berlin-Schöneberg

Religion. Ist es etwas an sich Falsches religiös zu sein, auch wenn man nicht einer der christli-

chen Konfessionen angehört? Ich meine Nein. Die Betonung religiöser Unterschiede führt seit Jahrtausenden zu Konflikten mit zum Teil tragischem Ausgang. Wollen wir diese Konflikte in der heutigen Zeit nicht weiter anfachen beziehungsweise entstehen lassen. So geht es darum andere Religionen als einen weiteren Weg zu spiritueller Erlösung und innerem Frieden zu akzeptieren und willkommen zu heißen.

Kultur. Ist etwas an sich Falsches nicht der Mehrheitskultur zu entstammen? Ich meine Nein. Ganz im Gegenteil sind die anderen kulturellen Hintergründe und die unterschiedlichen Lebensentwürfen die mit in unser soziales Gefüge eingebracht werden zu akzeptieren und zu begrüßen. Sie alle bilden gemeinsam mit uns, der Mehrheitsgesellschaft, das große, bunte und wunderschöne Mosaik das sich Deutschland nennt. Wo würden wir essen gehen, wenn es nicht all diese fantastischen Restaurants mit nichtdeutscher Küche gäbe. In welche Museen würden wir gehen wenn dort nur der bekannte deutsche Mehrheitsbrei ausgestellt werden würde.

Es gibt aber Dinge, welche nicht zu tolerieren sind. Es ist meiner Ansicht nach zum Beispiel nicht zu tolerieren und schon gar nicht zu akzeptieren wenn Männer glauben aufgrund eines antiquierten Geschlechterverständnisses Frauen unterdrücken, zu demütigen, zu Hause ein zu sperren oder sonst wie benachteiligen zu können. Das ist im Konflikt mit dem Diskriminierungsverbot, welches im Grundgesetz, dem Wertekonsens, eindeutig festgelegt wurde. Daran ändert auch keine pseudoreligiöse Begründung etwas.

Es ist nicht zu tolerieren, wenn sich am Leopoldplatz eine offene Drogenszene etabliert. Diese Szene verfolgt keinen "anderen Lebensentwurf", sondern ist schlicht und ergreifend ein Sinnbild für Verwahrlosung, Kriminalität und Orientierungslosigkeit in Teilen der "Mehr-

1. MAI BERLIN

DGB

GUTE BEZAHLUNG MUSS DRIN SEIN!

Gemeinsame Demonstrationzüge aller Berliner DGB-Gewerkschaften

10:00 Start von Motorrad-Korso, Fahrrad-Korso, Skater-Demo und Demonstrationzug vom DGB-Haus am Wittenbergplatz zum Brandenburger Tor

11:30 Kundgebung, Bühne auf dem Platz des 18. März anschließend: Infomarkt, Kinder- und Familienfest

www.ErsterMai.DGB.de

heitsgesellschaft". Diese Menschen sind krank. Wenn überhaupt, benötigen sie Hilfe, aber keinesfalls wohlwollendes wegsehen.

Auch ist es nicht tolerieren, geschweige denn zu akzeptieren wenn die eine Religionsgemeinschaft meint der anderen Vorschriften machen zu können wie sie zu Leben und zu Handeln haben. Dies ist eine Haltung die fast ausschließlich von monotheistischen Religionen ausgeht. Es ist nicht zu tolerieren, wenn unser aller Papst Benedikt meint Fürbitten für die "treu- und gottlosen Juden" halten zu müssen. Es ist nicht zu akzeptieren, wenn Teile des in Deutschland ansässigen Islams meinen die Pressefreiheit durch Drohungen einschränken zu können, wenn es um die wie auch immer geartete Auseinandersetzung mit dem Islam geht.

Es ist nicht zu tolerieren und schon gar nicht zu Akzeptieren, wenn Arbeitgeber angesichts der nach wie vor prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt meinen, sie könnten lohnabhängig Beschäftigte um ihren gerechten Lohn betrügen, ihnen die Privatsphäre nehmen und sich am Ende auch noch feiern lassen wollen. Feiern lassen ob ihrer Nettigkeit, dass sie an Menschen, die für sie arbeiten, Geld verdient haben... und das nach wie vor sehr gut in unserer sozialen Marktwirtschaft.

Und was tun wir? Wir schauen zu und freuen uns an unserer Toleranz alles und jedem gegenüber, die letztendlich doch nur Gleichgültigkeit ist.

Jobcenter. Wie geht´s jetzt bitteschön weiter?

AFA Gesamtbetriebsgruppe bei den Berliner Agenturen für Arbeit und Jobcentern.

Am 7.05.2008 ab 17:00 Uhr, Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10179 Berlin

Mindestlohn? Ja leider!

Von Sebastian Trommsdorff

Ich weiß nicht wie das mit Euch ist, aber ich kann mich noch an Zeiten erinnern, da haben die Gewerkschaften gemeinsam, solidarisch vor allem aber verbissen die/ihre Tarifautonomie verteidigt. Es war ein über alle Parteigrenzen hinweg unumstößliches Dogma das die Politik sich nicht in Tarifverhandlungen ein zu mischen hat. Die Gewerkschaften hatten ausreichend starke Kohorten in beiden Volksparteien, so dass es bei CDU wie bei SPD einem politischen Selbstmord gleichkam die Tarifautonomie und damit die Herrschaft der Tarifvertragsparteien in Frage zu stellen.

Jetzt nach Jahren des allgemeinen Mitgliederschwunds in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft haben die Gewerkschaften, nicht so sehr die Arbeitgeberverbände, erkannt das sie aufgrund eines schwindenden Organisationsgrades in vielen Branchen gar nicht mehr in der Lage sind Arbeitskämpfe effektiv zu führen.

Für den einzelnen Arbeitnehmer hat es persönlich eh nie Sinn gemacht in der Gewerkschaft zu sein. Die Beiträge sind weltweit spitze aber der Nutzen ist relativ gering, da sämtliche Tarifabschlüsse für alle Arbeitnehmer gelten, unabhängig davon ob sie Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht. Meiner Ansicht nach war und ist dies ein äußerst cleverer Schachzug um die Gewerkschaften insgesamt zu schwächen.

Wenn ihr also dieser Kurzanalyse folgt, ist der jetzige Ruf nach Mindestlöhnen nichts anderes als eine Bankrotterklärung der Gewerkschaften. Sie sind nicht mehr überall in der Lage ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte, vor allem

aber die Pflichten als Tarifpartei wahr zu nehmen. Ich persönlich finde ja, das Tarifverträge grundsätzlich nur für Mitglieder gelten sollten. Dies würde für jeden einzelnen verdeutlichen, warum es sinnvoll ist Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Das "Problem" sinkender Organisationsgrade wäre höchstwahrscheinlich schnell gelöst.

Wie aber gehen jetzt wir damit um? Wären wir jetzt Sozialisten oder so etwas, müssten wir diese Entwicklung mit Wohlgefallen sehen. Ohne Mindestlöhne werden zunehmende Teile der Bevölkerung verarmen und somit vielleicht den Nährboden bilden für das was Marx einmal "Proletarische Revolution" nannte. Wenn nicht morgen, dann wenigstens auf sehr lange Sicht.

Da kommt jedoch in mir der Sozialdemokrat raus. Wir als Sozialdemokraten bekennen uns ausdrücklich und zu 100% zu der freiheitlich föderativen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dies schließt freies Unternehmertum mit ein und "Staatsmonopolkapitalismus" (Sozialismus ist nichts anderes) ausdrücklich aus. Wir als Sozialdemokraten stehen im Hier und Jetzt. Wir wollen heute für die Bevölkerung das Beste herausholen was vertretbar und möglich ist. Und im Moment sind die Gewerkschaften leider nicht in der Lage eben dieses Beste heraus zu holen, weswegen wir jetzt leider an dieser Stelle eingreifen müssen um zu verhindern das immer mehr Menschen durch Löhne von denen sie nicht Leben können, in das Prekariat abgleiten. Wir müssen uns heute um die Menschen kümmern, die unseres Beistandes bedürfen und sie nicht als amorphe Masse zur Überprüfung wohlgeheimer Theorien missbrauchen.

Interview

Mit Christian Egner neu gewählter Vorsitzende der Jusos Berlin-Mitte

Distl's Verhör – Lokalgrößen auf den Zahn gefühlt



*Distl: Hast Du politische oder sonstige Vorbilder, bzw. Menschen, die Dich beeindrucken?
Christian: große politische Vorbilder sind für mich Kurt Schumacher und Willy Brandt. Schumacher, der mit seinem eisernen Willen die Sozialdemokratie wieder aufgebaut hat und Brandt, der nach wie vor das repräsentiert, was den guten Ruf der Sozialdemokratie ausmacht. Ernest Hemingway und Simone de Beauvoir haben mir immer imponiert.*

Distl: Jetzt mal ganz investigativ nachgehakt: Du nennst Dich selbst gelegentlich „Che“, das deutet auf ein weiteres Vorbild hin, das Du hier versuchst zu verhehlen?

Christian: Zu verhehlen nicht, aber einem Lebenslauf wie Che Guevara nachzueifern, das wäre für mich als „westdeutscher Mittelschicht-Bajuware“ etwas außerhalb meiner Lebenswirklichkeit. Nichts desto trotz halte ich ihn für eine beeindruckende Persönlichkeit, die sehr weit für ihre Ideale gegangen ist. Dass sich meine Initialen so schön abkürzen lassen, habe ich schon früh als Markenzeichen erkannt.

Distl: Wie empfindest Du die aktuelle Situation der Jusos im Kreis Mitte? Was hast Du vor zu ändern?

Christian: Spannender könnte die Situation nicht sein für mich als neuem Kreisvorsitzenden. Wir haben ein sehr junges Team und viele neu hinzugekommene Leute. Da ist unheimlich Potenzial. Insofern sind wir auf einem guten Weg.

Was ich konkret ändern möchte, damit bin ich auch angetreten, die Jusos hier im Kreis zu einer in der Öffentlichkeit wahrnehmbaren Größe zu machen.

Der Verband soll nach außen hin sprachfähig werden, die Leute müssen inhaltlich bzw. argumentativ fit sein, nur so können wir Juso-Positionen wirksam vertreten. Ein Stück weit wollen wir auch „Stachel im Fleisch der Partei“ sein, der die Mutterpartei daran erinnert, für was sie eigentlich steht.

Langfristig muss es uns gelingen, vor Ort der einflussreichste Jugendverband zu werden. Dazu wollen wir die Grundlagen schaffen. Wenn über junge linke Politik in Mitte diskutiert wird, dann wird mit uns diskutiert, nicht mit den Grünen und nicht mit der Solid.

Distl: Gibt es spezifische Gruppen in der SPD Mitte, mit denen Du verstärkt an bestimmten Themen arbeiten möchtest?

Christian: Also wenn möglich, möchte ich natürlich mit der ganzen SPD Mitte eng zusammenarbeiten. Das macht Sinn als Juso-Kreisverband. Allerdings sollten wir als Jusos sehen, wie wir uns strategisch aufstellen. Wo wir inhaltliche Kooperationen machen können, z.B. mit der AFA, ASF oder der AG60+, machen wir die.

Das andere Thema ist: Wir müssen als Jusos in die Abteilungen gehen. Wenn es in den Abteilungen Interesse gibt, mit uns zusammen zu arbeiten, dann ist das die Form von Kooperation, die ich mir vorstellen kann und die sinnvoll und richtig ist.

Distl: Betreibst Du Politik als Hobby, oder willst Du Profi werden?

Christian: Natürlich, das ist so der Standardspruch, will jeder, der in diese Partei eintritt, Bundeskanzler werden.

Aber mal ernsthaft: Wenn die Partei der Ansicht ist, das sage ich so bewusst, „hör mal zu, Du hast Potential und wir würden Dich da irgendwo sehen, auf der Liste“, und „komm, wir machen das mit Dir.“,

dann würde ich die Partei da niemals hängen lassen.

Im Prinzip spielt das aber eine untergeordnete Rolle. Ich habe da Pläne wie ich mich in nächster Zeit beruflich und persönlich weiterentwickeln will und das hat momentan Priorität.

Außerdem: So erklecklich ist die Bezahlung für einen Abgeordneten, der im Prinzip 16-Stunden-Tage arbeitet nicht. In der Privatwirtschaft kann man da wesentlich mehr verdienen.



Distl: Welches Buch liest Du momentan?

Christian: Griechische und römische Mythologie, sehr spannend, dann einen Roman aus den Sechzigern, dann „Anleitung zum Glücklichein“ geschrieben während der depressiven 20er...

Distl: Also ein echter „Multitasker“, wenn’s um Bücher geht. Jetzt mal etwas grundsätzliches: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – Wie positionierst Du Dich zu diesen Begriffen?

Christian: Unsere Grundwerte. Wenn Du Dir anschaut, in welchem Zusammenhang diese Grundwerte stehen: Die Freiheit ist unser zentraler und wichtigster Grundwert, weil ohne Freiheit alles andere nicht funktioniert. Freie Meinung, Freiheit von Angst und Freiheit von Not. Das ist für uns Sozialdemokraten Grundvoraussetzung.

Allerdings muss diese Freiheit in eine solidarische Gesellschaft eingebettet sein.

Ich kann Freiheit nicht denken ohne dass es gerecht zugeht in dieser Gesellschaft.

Gerechtigkeit, ein bewusst gewählter Begriff und eben nicht „Gleichheit“, unter den Menschen erzeugt Solidarität. Diese Begriffe bilden für mich den Dreiklang, der Sozialdemokratische Politik inspiriert.

Distl: Du hast Dich auf Deiner Wahl gegen die Schließung und Zusammenlegung von Schulen ausgesprochen. Was konntest Du seit deinem Amtsantritt auf diesem Problemfeld bewegen?

Christian: Ich habe jetzt auf der KDV der SPD Mitte den Antrag verteidigen dürfen und davor habe ich das in der Abteilung eingebracht, wir haben das dort diskutiert und waren beim Schulleiter vor Ort, haben uns mit dem unterhalten, zum einen um uns abzusprechen, zum anderen um zu schauen wie die Situation ist. Für uns war wichtig, die Diskussion in die Partei hinein zu tragen.

Der Kampf um den Erhalt der Schulen geht weiter. Das von der KDV zu erarbeitende Konzept wird von mir und meiner Abteilung eingefordert werden!

Distl: Einer deiner Schwerpunkte: Aufstehen gegen rechte Gewalt und Nazis. Wie bekämpfst Du die Braunen in deinem Kreis?

Christian: Das ist ein heißes Eisen. Zum einen versuche ich in meinem persönlichen Umfeld, wann immer sich so etwas äußert, Stellung zu beziehen. Wenn sich in meinem eigenen Freundes- und Bekanntenkreis rechtes Gedankengut breitmacht, bin ich immer bereit einzuschreiten um deutlich zu machen, dass das nicht geht.

Zum anderen versuche ich, diesen Kampf politisch zu führen. Das bedeutet, dass ich in der Partei natürlich in Gesprächen bin, wie man da Veranstaltungen organisieren kann. Ich habe mit den Genossen aus der ersten Abteilung gesprochen wegen dem Thor-Steinar-Laden und was man da machen kann.

Distl: Hast Du Dich da schon mal mit der Bürgerinitiative gegen Thor Steinar* kurzgeschlossen?

Christian: Nein... Ich habe da erst einmal bei der Abteilung angefragt, weil die da ja schon länger daran arbeiten. Die meinen, man sollte da eine kreisweite Sache machen.

Jetzt haben wir vor, Juso-intern zu diskutieren, ob wir uns dem anschließen bzw. auf Umsetzung hinwirken, oder etwas Eigenes machen.

Mit den Falken bin ich im Gespräch. Die haben ja auch Probleme mit Nazis. Man muss sich terminlich abstimmen und dann sehen, wie man das Thema im Kreis auf Vorstandsebene voran bringt.



Distl: Du bist gebürtiger Bayer und hast deine SPD-Wurzeln in Süddeutschland, in tiefschwarzen Gefilden. Nach über einem Jahr in Berlin: Dein Eindruck? Die hiesige SPD ist ja im Prinzip Establishment...

Christian: Was mich fasziniert, ist der kulturelle Unterschied. Hier im Wedding Flugblätter zu verteilen und die Leute jagen dich eben nicht zum Teufel, sondern sagen „oh, cool, die SPD.“

In Bayern war das eine andere Kiste, da waren unsere Wähler handverlesen. In so fern ein gutes Gefühl. Allerdings: Die Berliner SPD ist eine spezielle SPD mit ihren ganz eigenen Befindlichkeiten, da muss man sich erst einleben.

Und die Situation ist anders. Man ist hier nicht in der Opposition, sondern in der Regierungsverantwortung. Man hat die Gestaltungsmacht, das bedeutet aber auch, Entscheidungen, die einem schwer fallen, z.B. die Schulschließungs-Frage, wo ich der Meinung bin, wir dürfen auch als Regierungspartei den Draht zu den Menschen nicht verlieren. Die SPD wird mit anderen Ansprüchen gewählt, als die Union. Für unsere Wählerschaft sind die soziale Sicherheit und das Versprechen der Solidargemeinschaft erstes anzustrebendes Ziel. Da haben wir erkennbar zu bleiben.

Distl: Was Du hier machst, nennt sich landläufig „steile Karriere“. Von Null auf Vorstandsvorsitzender, so zu sagen. Vorsitzender eines Politikseminars der juristischen Fakultäten Berlins, möchte man meinen, wenn man die eine oder andere Juso-Kreissitzung verfolgt. Hast Du Konzepte zur Neu

mitgliedergewinnung außerhalb der Berliner Hochschulen?

Christian: Was klar ist: Jede politische Jugendorganisation ist Sammelbecken politisch interessierter AbiturientInnen und Studierender. Der Unterschied: Wir von den Jusos sind aber eine offene Organisation für alle jungen Menschen. Wir wollen kein elitärer Zirkel sein. Was ich versuchen möchte ist die Jusos zu öffnen, auch für Auszubildende attraktiv zu sein. Da gibt es Erfahrungswelten, die enorm wichtig für uns und unsere politische Arbeit sind. Auch im Hinblick auf unsere Kampagne für „Gute Arbeit“ müssen wir als Jusos zeigen, dass wir einen Raum für diese Leute haben.

Distl: Juso-Kreisvorsitzender ist ein Ehrenamt. Das bedeutet zusätzliche Arbeit neben Beruf und Weiterbildung. Wie gehst Du mit den an Dich gestellten Anforderungen um?

Christian: Das ist nicht die erste Funktion, die ich ausfülle. Jemand, der das zum ersten Mal macht, setzt sich sicher einer Überforderung aus. Ich habe aber die Abläufe schon so weit verinnerlicht, dass ich viele Dinge gar nicht mehr wahrnehme.

Als Vorsitzender versucht man, den Laden zusammen zu halten. Das, was gesagt werden muss, muss gesagt werden, aber wenn alles gesagt ist, hat auch die Entscheidung gefällt und umgesetzt zu werden. Der Vorsitz ist natürlich ein Drahtseilakt. Man kann nicht immer darauf hoffen, am Schluss derjenige zu sein, der alles richtig gemacht hat, denn was richtig ist, zeigt sich eben erst im Nachhinein.

Ich habe auch ein gutes Team an meiner Seite, das macht mir die Sache einfacher.

Wenn ich in einem Entscheidungsprozess oder einem Themenfeld nicht sicher bin, kann ich mich auf die Kompetenz meines Vorstands voll und ganz verlassen.

Distl: Christian, Du bist ein echter Parteisoldat. Dank Dir schön für das erhellende Zwiegespräch, mein Lieber.

Christian: Ich habe zu danken, liebe Propagandistin, es war mir ein Vergnügen.



Das politische Lied

Die SPD war stets auch eine Kulturbewegung. Daher gibt es jedes Mal ein Neues

„Roter Wedding“ ist ein Lied der Arbeiterbewegung. Die Melodie komponierte Hanns Eisler, der Text ist von Erich Weinert.

Das Lied entstand, nachdem Polizisten vom 1. bis 3. Mai 1929 hauptsächlich im Wedding und in Neukölln, damals bekannte Berliner Arbeiterviertel, 32 Anwohner im sogenannten Blutmai erschossen. Es wurde im selben Jahr als Auftittslied für die gleichnamige Agitprop-Gruppe geschrieben.

In der ursprünglichen Textfassung war das Lied das Auftittslied der gleichnamigen Agitproptruppe. Hier gibt es deutliche Anspielung darauf, dass das Lied auf einer Theaterbühne gesungen wurde: „Was wir spielen ist Klassenkampf“, „wir ziehen den Vorhang auf“, „so nimmt das Spiel seinen Lauf“. Als das Lied sich verselbständigte und in anderen Situationen gesungen wurde, wurden diese Passagen umgedichtet.

Erich Weinert wurde 1931 wegen dieses Liedes verklagt, die Anklage lautete auf *Aufreizung zum Klassenhass*, Gotteslästerung und Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform. Weinert wurde jedoch wegen Verjährung freigesprochen.

Links, links, links, links!
Die Trommeln werden gerührt,
Links, links, links, links!
Der rote Wedding marschier!
Wir tragen die Wahrheit von Haus zu Haus
Und jagen die Lüge zum Fenster hinaus,
Wie uns die Genossen gelehrt.
Wir nähren den Haß und wir schüren die Glut,
Wir heizen die Herzen mit Kraft und Mut
Bis der letzte Prolet uns gehört.

Roter Wedding, grüßt Euch, Genossen,
Haltet die Fäuste bereit.
Haltet die roten Reihen geschlossen,
Dann ist der Tag nicht mehr weit.
Schon erglüht die rote Sonne,
Flammend am Horizont.
Kämpft, Genossen, Sturmkolonne.
Rot-Front! Rot-Front!

Links, links, links, links,
Ein Lump wer kapituliert.
Links, links, links, link!
Der rote Wedding marschier!
Sie schlagen uns die Genossen tot,
Doch der Wedding lebt und Berlin bleibt rot.
Es wächst unser heimliches Heer
Und holt das Volk seine Freiheit zurück,
Dann spürt der Faschist unsere Faust ins Genick.
Wir entreißen ihm Dolch und Gewehr.

Roter Wedding, grüßt Euch, Genossen,
Haltet die Fäuste bereit.
Haltet die roten Reihen geschlossen,
Dann ist der Tag nicht mehr weit.
Schon erglüht die rote Sonne,
Flammend am Horizont.
Kämpft, Genossen, Sturmkolonne.
Rot-Front! Rot-Front!

Aus den Vereinen

Hier gibt's Neues um und aus den Vereinen

Kicken bei Karame – ein palästinensischer Fußballverein in Berlin.

Von Ursula Trüper

Gelaal steht im Tor und hat nichts zu tun, denn die Action findet im gegnerischen Strafraum statt. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als vor Erregung von einem Bein aufs andere zu hupen und das Spiel zu kommentieren. „Jawoll, gut, Hussein! Schieß Yusouf ! Jaaa, schöne Aktion!!!“

Eine eher hässliche Ecke im Berliner Bezirk Wedding. Ringsum wuchtige Wohnblöcke aus den 70er Jahren. Im Hintergrund der S-Bahnhof Gesundbrunnen, von dem das Geratter der Waggons herüberdringt. Außerdem der Lärm der Flugzeuge, denn der Platz liegt in der Einflugschneise des Flughafens Tegel. Früher spielte Hertha BSC auf diesem Platz. Jetzt trainiert hier regelmäßig die D-Jugend des FC Karame.

Gelaal ist 13 Jahre alt, besucht ein Gymnasium und ist in Berlin geboren. Er hat die deutsche Staatsangehörigkeit, aber, so betont er, „ich bin ein Palästinenser.“ Seinen Fußballclub findet er toll: „Die Mannschaft passt zu mir, weil die meisten Mitglieder Araber sind.“ Auch sein Vater macht mit beim FC Karame, bei den Alten Herren. Er ist so etwas wie die Verkörperung der Vereinstradition: „Diese Mannschaft hat schon im Libanon existiert,“ erzählt er. „Jedes Flüchtlingslager hatte eine Mannschaft und die haben dann immer gegeneinandergespielt. Also das Flüchtlingslager Taal Zataar gegen das Flüchtlingslager in Sidon oder das Flüchtlingslager in Tripoli.“ Die Mannschaft von Taal Za-



taar hieß „Karame“ - ein arabisches Wort, das mit „Ehre“ oder „Würde“ übersetzt werden kann. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ steht heute auf dem Vereinslogo.

Ein Pfiff vom Schiri. Ein Junge von Karame hat einen gegnerischen Spieler gerempelt. „War doch nicht mit Absicht!“ ruft ein Zuschauer. Der Rempler hilft seinem Gegner auf die Beine und reicht ihm zur Entschuldigung die Hand. Das rettet ihn zwar nicht vor dem Elfmeter, aber so gehört es sich nun mal unter Sportsleuten.

Erster Vorsitzender des FC Karame ist Mohamad Zaher. Er und Gelaals Vater kennen sich schon lange. Beide sind in libanesischen Flüchtlingslagern aufgewachsen. Ihre Lebensgeschichten sind – wie bei den meisten Palästinensern ihrer Generation - untrennbar mit dem Nah-Ost-Konflikt verknüpft. Zaher z.B. kommt 1949, ein Jahr nach der Gründung des Staates Israel, in dem Dorf Tira bei Haifa zur Welt. Sein Vater ist ein Bauer, der Oliven anbaut und mit Öl handelt. 1948 überfallen israelische Militäreinheiten sein Heimatdorf. „Nicht ein einziger ist geblieben,“ berichtet Zaher, „die sind alle geflohen, welche nach Jordanien, welche nach Syrien, welche in den Libanon.“ Über eine halbe Million Palästinenser werden damals vertrieben. Die Zahers gehen nach einem kurzen Aufenthalt in Syrien in den Libanon. Dort, im Flüchtlingslager Taal Zataar, wächst der junge Mohamad auf, entdeckt das Fußballspiel für sich und macht schließlich eine Ausbildung als Sportlehrer. 1970 geht er zum Studium nach Deutschland.

Bald danach bricht der libanesischer Bürgerkrieg aus. Mehr als ein Jahrzehnt liefern sich der Staat Israel, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO und verschiedene libanesischer Gruppierungen einen blutigen Machtkampf. Vielen Palästinensern bleibt nichts als die Flucht. Nur in den Ostblock können sie problemlos einreisen. Das Schlupfloch ist der Ost-

berliner Flughafen Schönefeld: „Und dann durch die Friedrichstraße in den Westen,“ erinnert sich Gelaals Vater. „Dort haben wir erst mal Asyl beantragt. Es war leichter als heute, eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Damals gab es schön viel Arbeit. Jeder, der hier reinkam, hatte die Möglichkeit zu arbeiten und hat auch gearbeitet.“ Die meisten palästinensischen Flüchtlinge bleiben gleich da. Heute existiert in Berlin mit ungefähr 20 000 Mitgliedern die größte palästinensische Gemeinde in Deutschland.

Nicht nur Erwachsene, sondern auch immer mehr unbegleitete Jugendliche treffen damals in Berlin ein. „Diese Jugendlichen hatten bisher nur den Bürgerkrieg erlebt,“ berichtet Zaher. „Sie hatten erfahren: Wer stärker ist, hat recht. Und nun sollten sie von einem Tag auf den anderen lernen, dass sie rote und grüne Ampeln beachten müssen.“ Die erwachsenen Palästinenser fühlen sich für sie verantwortlich. „Wir dachten, warum machen wir nicht eine Fußballmannschaft, damit sich diese Jugendlichen beschäftigen können und sich besser in die Gesellschaft integrieren.“ Die sind begeistert und so wird 1978 der FC Karame in Berlin neu gegründet. Viele der inzwischen erwachsen gewordenen Jugendlichen sind ihrem alten Fußballverein treu geblieben. Neben der D-Jugend und den Alten Herren gibt es auch noch zwei Herren-Mannschaften.

Seit einigen Jahren macht der Fußballverein offene Jugendarbeit, auch für Mädchen. Er bietet den jungen Leuten einen Ort, wo sie offen diskutieren können. Zum Beispiel über die Palästina-Politik des Staates Israel. „Wenn ich mir das so ansehe im Fernsehen, was dort passiert, das ist wirklich furchtbar,“ sagt Gelaal empört. „Wenn ich könnte, würde ich das alles verhindern. Aber das geht nicht.“ Die deutschen Lehrer seien den jungen Palästinensern oft keine große Hilfe, mit ihren Gefühlen von Hilflosig-

keit und Zorn umzugehen, so Zaher. Viele von ihnen hätten den Eindruck, dass ihre Lehrer sich undifferenziert mit der israelischen Position identifizieren. Und glauben ihnen dann auch nicht, wenn sie im Geschichtsunterricht von der Judenverfolgung in Nazi-Deutschland hören. Hier versucht Zaher, einzugreifen. „Wir versuchen, mit den arabischen Jugendlichen in Berlin zu diskutieren über die Geschichte der Juden in Deutschland. Und was der Unterschied ist zwischen der aktuellen israelischen Politik in Palästina und den Juden, die damals in Deutschland gelebt haben.“

„Faul!“ brüllt Gelaal jetzt. „Faul, faul, faul!“ Ein Junge aus der gegnerischen Mannschaft hat einem Spieler von Karame ein Bein gestellt. Der ist wütend und macht Miene, es dem Rüpel heimzuzahlen. Da ertönt auch schon der Pfiff. „Keine Handgreiflichkeiten,“ ermahnt der Schiri. Die anderen bekommen ein Elfmeter aufgebremmt, das Karame allerdings nicht in ein Tor umwandeln kann.

Anders als die Politik bietet der Sport eine Welt, in der Fairness herrscht. Mit einem Schiedsrichter, der für die Einhaltung der Spielregeln sorgt. „Unser Ziel,“ fasst Zaher seine pädagogischen Bemühungen zusammen, „ist, dass unsere Jugendlichen in Frieden leben und dass wir Gewalt vermeiden können.“

Wie ihre Zukunft aussehen soll, dazu haben die Mitglieder des FC Karame durchaus unterschiedliche Vorstellungen. Gelaals Vater beispielsweise hat einen Traum, den viele Palästinenser seiner Generation teilen: Er möchte irgendwann wieder zurückkehren in die „richtige

Heimat“, nach Palästina. Sogar die Besitzurkunde des Grundstücks seiner Vorfahren hat er noch. Bilaal hingegen, ungefähr 30 Jahre alt und in Berlin geboren, sieht die Sache eher pragmatisch: „Sicher wäre es schön, mal zu Besuch runter zu fahren. Aber dort zu leben, das wäre vermutlich eine große Umstellung, weil die Leute dort unten eine ganz andere Mentalität haben als wir.“ Und Gelaal? Der weiß vor allem eins: „Ich möchte später Rechtsanwalt werden. Und wenn ich dann noch Zeit habe, will ich weiter Fußball spielen“

Impressum:

Die „Propagandistin ist die Mitgliederzeitung der 16. Abt. „Grünes Dreieck“ – SPD Berlin Mitte

Chefredakteur: Sebastian Trommsdorff

Redaktion&AutorInnen: Ursula Trüper, Udo Sack, Johannes Berger, Hanno Winter, Kalle Schneider-Bodenbender, Uwe Ostendorff, Daniel Bussenius, Frank Kirstan, Christopher Vetter, Mathias Hübner;

Layout: Hanno Winter; Christopher Vetter, Heiko Hanschke;

V.i.s.d.P.: Udo Sack, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

KONTAKT:

info@gruenes-dreieck.de

**Druck mit freundlicher Unterstützung vom
CopyShop Peter Noak**

Tegeler Str. 29a, 13353 Berlin, www.digitalesdruckstudio.de

Deichgraf



Täglich geöffnet von 9.00 - 2.00

Frühstück ab 9.00

Mittagstisch ab 11.30

Küche bis 23.00



Deichgraf
Gaststätte

Gutbürgerliche Deutsche Küche – seit 1904
Nordufer 10
13353 Berlin
Tel. 030/453 76 13

L'ESCARGOT
BAR - RESTAURANT



Vorzügliche mediterrane Küche
Gute Weine, Biere und Cocktails



L'escargot
Bar – Restaurant
Brüsseler Str. 39
☎ 0173-610 82 66
Täglich ab 18.00h - 1.00